Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926] **Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.** [Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mk. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden

Nr. 185. **Donnerstag, den 10 August 1905.** 12. Jahrg.

Hierzu eine Beilage

Die Würfel sind gefallen!

P. L. Der 7. August 1905 wird in der Geschichte Lübecks als ein Tag der Schande für alle Zeiten fortleben. Was noch von altem Hanseatengeist in der lübeckischen Verfassung vorhanden war, das wurde von ebenso kurzsichtigen wie brutal-egoistischen Krämerpolitikern mit einem Schlage vernichtet und an seine Stelle die Despotie des Besitzes gesetzt. Allerdings konnte man von den Leuten, die ihr Bürgerschaftsmandat nicht dem Volkswillen verdanken, kaum etwas anderes erwarten. In dem Bewußtsein, daß sie das Vertrauen des lübschen Volkes nicht besitzen und nicht verdienen, wollten sie demselben wenigstens ihre Macht fühlen lassen, und das taten jene Herren, indem sie das Bürgerschaftswahlrecht in so schamloser Weise verschlechterten und schmälerten, daß man gewissermaßen nur noch von einem Scheinwahlrecht sprechen kann. Wenige Hundert Leute, welche vorsichtig in der Wahl ihrer Eltern waren, bestimmen aus ihren Kreisen 105 Personen, die die Verwaltung des Lübeckischen Freistaates sowie die Gesetzgebung in Händen haben und nach ihrem Belieben und auch zu ihrem Vorteil schalten und walten können; den vielen Tausenden von lübeckischen Bürgern aber, die in harter Arbeit sich tagtäglich abmühen und abrackern müssen im Dienste des Kapitals, räumt man ganze 15 Bürgerschaftssitze ein. Man sagt sich, und das wurde auch vom Senatstische ausgesprochen, auch die Erfahrungen, welche die Arbeiter sammeln, können schließlich dem Staate nützen; einen bestimmenden Einfluß sollen sie jedoch nicht erhalten. Wir wollen schon jetzt betonen, daß die Leute, welche glauben, die Vertreter der Arbeiter würden nur ihre Erfahrungen dem Staate nutzbar machen, sich ganz gewaltig irren. Mit dem Einzuge der Sozialdemokratie wird auch zugleich die scharfe Kritik, die noch niemals im Bürgerschaftssaale geübt worden ist, ihren Einzug in die Bürgerschaft halten; dieselbe wird nicht untertänigst verstummen vor dem Stirnrunzeln des Senats.

Doch zurück zur Bürgerschaftsversammlung vom Montag. Während in den weitesten Bevölkerungsschichten tiefste Erregung und Entrüstung über den Anschlag auf das Wahlrecht herrschte, während man sich drängte, um von der Tribüne des Bürgerschaftssaales Ohrenzeuge der bezüglichen Verhandlungen zu sein, hatten es nur ganze 86 „Volksvertreter“ für nötig befunden, sich an der wichtigsten Sitzung zu beteiligen. Ferienreisen, Innungstage, Vergnügungen usw. sind Dinge, für die ein richtiges Lübecker Bürgerschaftsmitglied auch mehr Interesse zeigen muß, wie für die Entrechtung des größten Teiles der hiesigen Bevölkerung. Die Abwesenden hatten übrigens die Beruhigung, daß ihre Kollegen auch ohne sie den brutalsten Weg zum Rechtsraub finden würden. Und das ist ja auch geschehen. Von den 86 Bürgerschaftsmitgliedern fand eins die Beratung wohl zu langweilig und verschwand, denn bei der Abstimmung waren nur noch 85 anwesend.

Die Beratungen selbst boten nur sehr wenig interessante Momente, da jegliche wirksame Opposition fehlte. Eingeleitet wurde die Debatte durch den ehemalig freisinnigen, gegenwärtig nationalliberal-konservativen Professor Baethcke, der in arrogantem, näselnden Tone die Vorschläge der Kommissionsmehrheit zu verteidigen suchte. Seine Argumente sind noch ebenso fadenscheinig und dürftig, wie man sie von der ersten Beratung der „Wahlrechtsreform“ her kennt. Allerdings konnte er es nicht verwinden, daß am Sonntag die Taten der Bürgerschaftsmitglieder durch ein scharf abgefaßtes sozialdemokratisches Flugblatt in das rechte Licht gerückt wurden; er stieß deshalb einen kurzen Schmerzensschrei aus. Im übrigen ist dem Herrn Professor jedes Mittel zur Bekämpfung der Arbeiterschaft recht, wenn es nur wirksam ist.

Senator Dr. Schön, der wohl befürchtete, daß nach den Vorschlägen der Kommissionsmehrheit die Sozialdemokratie ein Mandat mehr als nach der Senatsvorlage erhalten könnte, nahm nach dem Professor das Wort, um für die Senatsvorlage Stimmung zu machen.

Mit einem neuen Vorschlage trat Herr Coleman, der Besitzer des „unparteiischen“ „General-Anzeigers“ auf den Plan. Sein „Gerechtigkeitsgefühl“ ist schon um ein Jota weiter entwickelt, als es bei den starren Anhängern der Senatsvorlage der Fall ist; er hält nämlich 21 Vertreter für die zweite Abteilung für ausreichend. Natürlich hat die Sache auch noch ein aber, denn er verlangt zu gleicher Zeit das Proportionalwahlsystem. Anklang fand Coleman mit seinem Vorschlag nicht.

Ein sonderbarer Heiliger scheint der bodenreformerische Hauptlehrer Schulmerich zu sein. Ihm ist es Wurscht, ob die Vorschläge der Mehrheit oder der Minderheit der Kommission angenommen werden; nur eine schwere Ungerechtigkeit findet er in dem Vorschlage der Kommissionsmehrheit, nämlich daß die Einkommensgrenze von 2000 auf 2500 Mk. erhöht werden sollte. Dadurch würden die Leute, die zwischen 2000 und 2500 Mk. versteuern, in ihrem Wahlrecht erheblich beschränkt. Daß die Leute, welche weniger wie 2000 Mk. versteuern, in ihrem Recht erheblich beschränkt werden, daß diejenigen Arbeiter, welche weniger wie 1200 Mk versteuern, nach dem Vorschlage der Kommissionsmehrheit ganz vom Wahlrecht ausgeschlossen sein sollten, findet Herr Schulmerich, dessen Vater auch nur Arbeiter war, ganz in der Ordnung!

Die Vorschläge der Kommissionsminderheit wurden von Dr. Ziehl und Dr. Görtz vertreten. Gegen die gesammten Anträge erklärten sich nur Thiele und Lau. Thiele zog sich sogar einen Ordnungsruf zu, als er die Senatsvorlage frivol nannte. Das ist die „Redefreiheit“ in der Bürgerschaft.

Einen geradezu komischen Eindruck machte es, als Professor Baethcke, der wiederholt zur Verteidigung der Kommissionsvorschläge das Wort ergriff, erklärte, das Wählen sei eine Last und das vorgeschlagene Doppelwahlrecht der Besitzenden gewissermaßen eine doppelte Belastung derselben. Wir empfehlen den Herrn Professor zur Mitarbeit an Witzblättern; er dürfte dort Hervorragendes leisten.

Der unvermeidliche Geschäftsführer des Amtsblattes, Dahms, der vor Jahren sogar Mitglied des „sozialdemokratischen“ Buchdruckerverbandes war, trat pflichtgemäß für die Senatsvorlage ein, zugleich die Vorzüge der „Lübeckischen Anzeigen“ preisend. Vielleicht schreibt er sich die Annahme der Senatsvorlage als persönliches Verdienst zu.

Vom Senatstische sprach namentlich Senator J. H. Evers in längeren Ausführungen für die Senatsvorlage und gegen die Kommissionsvorschläge. Dem Senat erscheint die Sozialdemokratie als ein großes Uebel, und mehr als 15 sollen den dreimal geheiligten Bürgerschaftssaal unter keinen Umständen entweihen.

Bei den Abstimmungen zeigte sich darauf die Kopflosigkeit der Bürgerschaft in bengalischer Beleuchtung. Es ist ganz unmöglich, den herrschenden Wirrwarr zu schildern. Niemand wußte so recht, über was abgestimmt war und ebenso wenig wußte man das Resultat der Abstimmungen. Die Heraufsetzung des Wahlalters von 21 auf 25 Jahre war die reaktionäre Introduktion zu den folgenden Abstimmungen, von denen bezeichnenderweise keine namentlich war. Hatten die Leute doch noch so viel Schamgefühl, ihren Namen als Mitschuldige an dem Wahlrechtsverbrechen nicht für alle Zeiten festnageln zu lassen? Man sollte es allerdings kaum annehmen.

Die wichtigsten Bestimmungen des Wahlgesetzes, das nach dem Antrage des Senats schließlich von der Bürgerschaft mit großer Mehrheit angenommen wurde, sind folgende:

Artikel 20. Zur Teilnahme an der Wahl der Vertreter ist, vorbehältlich der Bestimmungen des Artikels 21, jeder Bürger des lübeckischen Freistaates berechtigt, der seit dem 1. April des vierten dem Jahre der Wahl vorangehenden Jahres dauernd seinen Wohnsitz im lübeckischen Staatsgebiete gehabt und während dieser Zeit alljährlich Einkommensteuer bezahlt und das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat.

Artikel 21. Von der Ausübung des Wahlrechts ausgeschlossen sind: 1. diejenigen, welche unter Vormundschaft stehen, 2. diejenigen, über deren Vermögen das Konkursverfahren eröffnet ist, bis nach Beendigung des Verfahrens, 3 diejenigen, über deren Vermögen während eines Zeitraumes von 5 Jahren vor der Wahl das Konkursverfahren wegen mangelnder Masse entweder nicht eröffnet oder eingestellt ist, 4. diejenigen, welche während eines Zeitraumes von 5 Jahren vor der Wahl den Offenbarungseid (Zivilprozeßordnung § 780) geleistet oder sich darauf berufen haben, 5. diejenigen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln beziehen oder im letzten der Wahl voraufgegangenen Jahre bezogen haben.

Artikel 22 Die Wahlen zur Bürgerschaft werden in Abteilungen der Wähler vollzogen. Es werden folgende Abteilungen gebildet:

a. Stadt und Vorstädte. Abteilung 1 Sie umfaßt diejenigen Bürger, welche in den letzten drei Steuerjahren vor der Wahl durchschnittlich mindestens 2000 Mk. versteuert haben. Es werden gewählt 90 Vertreter. — Abteilung 2. Sie umfaßt alle übrigen wahlberechtigten Bürger. Es werden gewählt 12 Vertreter.

b. Städtchen Travemünde und Landgebiet. Abteilung 3. Sie umfaßt diejenigen Bürger, welche einen Landbesitz im Umfange von mindestens 3 Hektar für eigene Rechnung bewirtschaften oder in den letzten drei Steuerjahren vor der Wahl durchschnittlich mindestens 2000 Mk. versteuert haben. Es werden gewählt 15 Vertreter. — Abteilung 4 Sie umfaßt alle übrigen wahlberechtigten Bürger. Es werden gewählt 3 Vertreter.

Damit hat die „Beratung“ der Wahlreform vorläufig ihren Abschluß gefunden; die Reaktion hat auf der ganzen Linie gesiegt und ihren Raub in Sicherheit gebracht Daß jene Leute ihrer Tat jedoch nicht froh werden, dafür zu sorgen, ist Sache der Arbeiterschaft. Es gilt jetzt, nicht zu erlahmen in der Agitation für die Sozialdemokratie, für die große Sache des Proletariats. Mit dem neuen „Wahlrecht“ hat uns die lübsche Krämerbourgeoisie eine Waffe in die Hand gedrückt, wie sie wirkungsvoller kaum gedacht werden kann. Die Klassengegensätze sind so verschärft worden, daß auch dem Blindesten die Augen über die „Arbeiterfreundlichkeit“ des herrschenden Kapitals aufgehen müssen. In der Entrechtung der Arbeiterschaft hat sich die ganze Bourgeoisie zusammengefunden; demnach ist es eine dringende Pflicht der gesamten Arbeiterschaft, sich zusammenzuschließen zum Kampfe gegen die reaktionäre Bourgeoisie unter der Devise der siegreichen Sozialdemokratie: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Wie die politische Polizei „arbeitet“. Ludwig Börne hat einmal geschrieben, wenn die Freiheit seine Tochter wäre, wollte er sie lieber in einem Bordell erziehen lassen, als bei der politischen Polizei. Es ist kein Zufall, daß überall, wo zur Bekämpfung feindlicher Ideen die Mittel gewaltsamer Niederhaltung und tückischer Spionage verwandt worden sind, das Ergebnis Schurkerei und die Züchtung von Verbrechen gewesen ist. Schon der Detektiv, der mit dem gewerbsmäßigen Verbrechertum im Kriege lebt, wird nicht selten zur Anwendung von Mitteln gedrängt, die auf dem niedrigsten moralischen Niveau stehen und ihn selber neben den Verbrecher stellen. Handelt es sich aber darum, Ideen, die im Dienste des gesellschaftlichen Fortschritts und hoher sittlicher Ideale stehen, durch die Polizeimittel der Spionage, durch Anwerbung von Leuten aus dem feindlichen Lager zum Zwecke des Verrats, durch List und Trug zu bekämpfen, so sinkt das Organ des Gesetzes tief unter die herab, zu deren Ueberwachung es bestimmt ist. Und die Kampfesmittel der Staatsgewalt werden schließlich zur gemeinen Schurkerei, die schwankende Charaktere korrumpiert und schließlich die Verbrechen, zu deren Hintanhaltung die Behörde bestimmt ist, selbst provoziert.

Einige Beiträge zur Erkenntnis dieser Sorte staatsreiterischer Tätigkeit liefert ein Büchlein, das in den Großstadt-Dokumenten erschienen ist: „Aus den Tiefen der Berliner Arbeiterbewegung von Albert Weidner.“ Wir wollen hier nicht die ganz interessante, wenn auch sehr zugunsten gefärbte Schilderung der Berliner anarchistischen „Bewegung“ — richtiger eines ewigen Kreislaufes von Organisation und Desorganisation, zusammengehalten durch ein unendlich plätscherndes Meer von „Diskussion“, die das eigentliche und einzige Lebenselement der deutschen Anarchisten zu sein scheint — betrachten, die das Büchlein bietet. Es ruft aber auch einige seinerzeit vielerörterte Polizeitaten ins Gedächtnis, deren Auffrischung für das Verständnis der politischen Polizei und des heutigen Staatswesens überhaupt von großem Interesse ist.

Da ist der Schlosser Brandt, bekannt aus der Arbeitslosenversammlung vom Januar 1894, die mit dem Gummischlauchattentat der Polizei auf die heimgehenden Arbeitslosen endete. Wir hören, wie der Kriminalschutzmann gelegentlich einer gegen Brandt eingeleiteten Untersuchung versucht, diesen in Polizeidienst zu locken. Er hat dem Arbeitslosen, der mit Weib und Kind bittere Not leidet, ein Goldstück über den Tisch hin zugeschoben. Im Verlauf des Verhörs hat der so Attackierte es wiederholt zurückgeschoben; schließlich fliegt die Begier: er steckt es ein. Und er empfängt seine Weisungen. Nur beobachten und berichten darf er, nicht selbst handeln, provozieren. Letzteres sei früher wohl mal geübt worden; aber mit diesem System sei gebrochen.“

Wie dann Brandt ein doppeltes Spiel treibt, für 50 bis 70 Mk. Monats„gehalt“ im Dienste der Polizei arbeitet und doch mit seinen alten Gesinnungsgenossen im Zusammenhang bleibt, sie über alles unterrichtet und mit Polizeigeld zu den Druckkosten der zu jener Arbeitslosenversammlung einladenden Handzettel beiträgt: das interessiert hier nicht. Nur die satanische Manier, mit der hier ein armer Teufel zum Lumpen gemacht wird — ganz nach Spiegelbergs Rezept: „Du richtest nichts aus, wenn du nicht Leib und Seele verderbst. Glaube mir, Bruder! wenn der ehrliche Mann einmal aus dem Nest gejagt ist, so ist der Teufel Meister. Der Schritt ist dann so leicht — o, so leicht als der Sprung von einer Hure zu einer Betschwester.“ Solcher Versuche erzählt Weidner noch einige, naturgemäß nur solche, bei denen die Staatsbehörde in mitunter recht spaßhafter Weise abgeblitzt ist —

die anderen werden ja nicht bekannt. So wurde dem Anarchisten Machner, dem Beträge von 100, 200 und 1000 Mark in Aussicht gestellt waren, gesagt: er solle wie zuvor in der Bewegung stehen bleiben; nur solle er sich möglichst revolutionär stellen, um mit den „Männern der Tat“ Fühlung zu gewinnen. In London solle ein Blatt gegründet werden, das durch seinen Radikalismus dem Berliner Sozialist Konkurrenz machen solle.

Die „früher mal geübte“ Taktik der Lockspitzelei, des Provozierens zu Verbrechen, ist übrigens viel älter als der Polizeikampf gegen die moderne Arbeiterbewegung. So war der kgl. preußische Premierleutnant der Artillerie a. D. Hentze, der in den fünfziger Jahren den armen demokratischen Stubengelehrten Dr. August Labendorf u. a. in's Zuchthaus brachte, der Typus des Lockspitzels. Er hatte Hohlkugeln u. dergl. besorgt, dann die von ihm beschwatzten Schwärmer an's Messer geliefert. Als Lohn erhielt er eine Stelle als Kreissteuereinnehmer mit dem damals ansehnlichen Gehalt von 1000—1200 Talern. Vorher hatte Generalfeldmarschall Graf Wrangel ihm eine Ehrenerklärung gegeben. An diesen Ehrenmann erinnert stark sein Standesgenosse v. Ehrenberg, der sich 30 Jahre später an Bebel u. a. heranmachte, aber bei den kühlen Sozialdemokraten abfahren mußte. Und wie andere Nachtgentlemen des ehrbaren Herrn v. Puttkamer zu ihrer Zeit direkt auf Attentate hingearbeitet haben, ist noch in frischer Erinnerung.

Ein dunkler Fall ist auch der von Weidner erwähnte des Mechanikers Henkmann, der mittels eines harmlos klingenden Inserats Leute anlockte, um dann einen mechanischen Zünder zu empfehlen, der eine Karte mit der Unterschrift des Anarchisten Spehr fälschte und schließlich Selbstmord beging. Auf die eidliche Bekundung dieser Tatsachen durch die Anarchisten Landauer und Spehr bestritt der Polizeikommissar Bresel, der „Spezialist“ für diese Dinge, etwas von Henkmann zu wissen. Dieser war aber in einem Kreis, in den Spitzel sich eindrängten, gesehen worden. Es ist möglich, daß diese nie aufgeklärte Angelegenheit zusammenhängt mit dem zur gleichen Zeit etwa spielenden Attentat auf den Polizeiobersten Krause. Auf Grund eines äußerst bedenklichen Indizienbeweises wurde vom Schwurgericht 1897 der Anarchist Koschemann auf 10 Jahre ins Zuchthaus geschickt — höchst wahrscheinlich unschuldig.

Die Polizeiangst gerade vor den Anarchisten wäre lächerlich, wenn nicht dahinter die höhere Weisheit aller politischen Polizei steckte: Schrecken zu verbreiten, mehr nach oben als nach unten hin, um damit ihre eigene Unentbehrlichkeit zu beweisen und sonst erwünschte politische Wirkungen — man denke nur an den Fall Tausch, der die Verknüpfung der politischen Polizei mit der „hohen Politik“ in klassischer Klarheit enthüllt hat — herbeizuführen. Man weiß, wie Friedrich Wilhelm IV. durch Geschichten von Revolution und Attentaten von der frommen Kamarilla völlig zur Marioneite herabgedrückt und in den Wahnsinn gequält worden ist. Und es ist kaum anzunehmen, daß den eigentümlichen Reden, in denen Wilhelm II. früher öfter die Gefahr von Straßenkämpfen erörterte, nicht auch „amtliche und vertrauliche“ Informationen sollten zugrunde gelegen haben.

So reicht der Einfluß der Polizei weit hinauf. Umso schlimmer, daß ihre Quellen sich so tief im Morast verlieren. Aber eine Gesellschaft, die auf Ausbeutung und Gewalt beruht, kann nicht mit reinlichen Mitteln erhalten werden. Die einzige „Reform der politischen Polizei“ besteht in ihrer völligen Aufhebung. Diese aber hat zur Voraussetzung die Aufhebung des Klassenstaats.

Weitere Folgen der Zollpolitik. Wie die Prager Zeitung „Bohemia“ meldet, sollen mehrere sächsisch-thüringische Maschinenfabriken am 1. April 1906 einen Teil ihrer Betriebe nach Böhmen zu verlegen willens sein, um den hohen Exportzöllen der neuen Handelsverträge zu entgehen. — So werden ganze Industriezweige zu Gunsten des Krautjunkertums aus Deutschland hinausgetrieben, zum nicht geringen Schaden der gesamten deutschen Industrie!

Das sind die Rechten! Die Vorsitzenden sämtlicher Landwirtschaftskammern sind für den 11. August zu einer Konferenz im landwirtschaftlichen Ministerium nach Berlin einberufen, um über den Umfang, die Ursachen und die Wirkungen der neuerdings beobachteten Steigerung der Fleischpreise, namentlich der des Schweinefleisches, sowie über die Aussichten für die weitere Preisbildung dem Minister Vortrag zu halten. Im Zusammenhang damit soll auch die Frage der Preisnotierung auf den öffentlichen Schlachtviehmärkten, sowie die Mitwirkung der Kammern bei der Bekämpfung der Viehseuchen erörtert werden. — Die Vorsitzenden der Landwirtschaftskammern sollen also der Regierung Auskunft über die Fleischnot, ihre Ursachen und Wirkungen geben. Diese Herren werden natürlich der Regierung resp. dem Minister „beweisen“, daß die angebliche Fleischnot nur in den Köpfen der Sozialdemokraten und der Schlachter besteht. Sie haben ja auch nicht nötig, infolge des Fleischmangels mit Pferdefleisch fürlieb nehmen oder überhaupt auf Fleischnahrung verzichten zu müssen.

Im europäischen Hexenkessel brodelt es weiter. Es ist kein Zweifel, daß Deutschland sich insofern in einer prekären Lage befindet, als der Freunde immer weniger, der Feinde und Schadenfrohen immer mehr werden. Selbst in Rußland fehlt es schon nicht mehr an Stimmen, die die preußisch-deutsche Reaktion als eine Gefahr für die gesunde Entwicklung Europas betrachten. Die liberalen Elemente Rußlands warnen dringend vor einem zu engen Anschluß des russischen Reiches an Deutschland und suchen Verbindung mit England. Die englischen Blätter bemerken zu diesen Nachrichten aus Rußland dies: Allerdings wird hervorgehoben, daß es sich dabei in keiner Weise um nationale Abneigungen handle, sondern nur um die Ueberzeugung der russischen Konstitutionellen, daß der deutsche Kaiser der energischste Widersacher ihrer Bestrebungen sei und bleiben werde, möge er auch dem Zaren zur Annahme einiger Reformen geraten haben. Da der Kaiser selbst sich als Beschützer des mehr oder minder verhüllten Autoritarismus darstelle, so dürfe er sich nicht wundern, daß alle Gegner dieses Systems in allen Ländern gegen ihn und folglich auch gegen sein Land Stellung nehmen. Man stellt dabei auch allgemeine Betrachtungen über die deutsche Diplomatie, Bureaukratie, sowie überhaupt über die deutschen Einrichtungen an, die nicht sehr schmeichelhaft gehalten sind, indem man nachzuweisen trachtet, daß Steifheit, Barschheit und übergroßes Selbstbewußtsein die Hauptzüge des kaiserlichen Deutschland bilden, weshalb dieses eigentlich nirgends Sympathien einflöße. Was Deutschland groß mache und ihm zur Achtung und zur Anerkennung verhelfe, das sei seine Energie und sein Fleiß, nicht aber das Prestige seiner Armee und seiner Beamten.

Das geht hart auf Bülow und andere Leute, aber wir haben es schon immer gesagt, daß es so ist.

Die „Leute vom Metier“ freilich sind ander Meinung: sie brennen ordentlich darauf, daß es mal zum Ernstfall kommen möge, ganz gleich wie die Geschichte ausgehe. So schreibt im konservativen „Reichsboten“ ein Erstklassiger:

„Die beabsichtigte Ostseefahrt des englischen Geschwaders läßt die Gemüter in Deutschland nicht zur Ruhe kommen, und mit Recht. Trotz aller offiziösen Abwiegelungen ist die Lage eine ernste, sehr ernste. England will nun einmal anscheinend seinen Konkurrenten Deutschland vernichten. Vielleicht kann der Augenblick, wo dies eintritt, durch die Diplomatie noch etwas aufgehalten werden. Es wäre aber nur eine Galgenfrist. Die Gefahr droht, daß die englische Flotte durch ihre gewaltige Ueberlegenheit den Sieg zur See an ihre Flagge fesseln wird. Das weiß bei uns jeder Seeoffizier, und auch die Mehrzahl der Laien gibt sich hierüber keinen großen Illusionen mehr hin. Es ist gewiß kein schönes Gefühl, wenn man die Möglichkeit der Vernichtung vor Augen sieht. Das wird ein heiliger, ein verzweifelter Kampf werden, und wenn unsere Schiffe auf dem Grunde des Meeres enden sollten, dann werden auch mindestens ebenso viel Schiffe des Feindes dasselbe Los geteilt haben. Unsere Schiffe sind ihren Aufgaben gewachsen, nur schade, daß sie an Zahl und Gefechtsstärke so gering sind. Wird der Krieg uns aufgedrängt, dann wollen wir ihn durch keine Mittelchen auch nicht auf kurze Zeit hinausschieben. Das hieße eine schwärende Wunde mit Heftpflaster verkleben.“

Das nennt man in geradezu verbrecherischer Weise mit dem Feuer spielen. Der Schreiber weiß, daß wir die englische Flotte nicht bezwingen können, daß neben den Tausenden von Menschen die Milliarden, die die deutsche Flotte gekostet hat, auf den Meeresgrund verschwinden werden, aber es tut nichts, wir müssen es auf einen Krieg ankommen lassen, werden dann doch auch angeblich ebenso viele englische Schiffe vernichtet! Dabei weiß jedermann, daß Deutschland das Karnickel ist, das überall herum kreucht und fleucht und die andern Länder provoziert.

Natürlich soll die unverschämte Kriegshetze im „Reichsboten“ auch zugleich für die Flottenvermehrung Stimmung machen. Demgegenüber ist daran festzuhalten, daß wir einen Wettlauf mit England wohl niemals aufnehmen können. England baut zwei neue Schiffe, während Deutschland eins fertig bringt. Auch in der Marokkofrage soll wieder ein großer Wirrwar eingetreten sein.

Ein Kommerzienrat wider seinen Willen. Wie der Landtags-Vizepräsident Hoffmann wider seinen Willen Kommerzienrat wurde, berichtet Staatsminister Gevekot in einer öffentlichen Erklärung; er tritt der Behauptung des Rechtsanwalts Klasing entgegen, er (der Minister) habe Herrn Hoffmann gegen dessen ausdrücklichen Wunsch jenen Titel aufgedrängt. Nach Gevekots Darstellung hat der Minister im Jahre 1900 vor der Titelverleihung an Hoffmann den Regierungs- und Gewerberat Räther in Minden um seine Ansicht darüber befragt und dieser habe ihm geantwortet, Hoffmann halte sich für zu jung dazu. Der Grafregent, dem der Minister hiervon Mitteilung machte, faßte jene Aeußerung Hoffmanns als Bescheidenheit auf, welcher Auffassung Gevekot, wie er sagt, aus seiner damaligen Kenntnis der Person nicht widersprechen konnte, und verfügte die Titelverleihung. Erst einige Zeit später erklärte Hoffmann dem Minister, daß er den Titel abzulehnen und die Verleihungs-Urkunde zurückzusenden gedenke. Nachdem der Minister ihm jedoch auseinandergesetzt hatte, daß dies den Grafregenten kränken müßte und darum nicht angängig sei, unterblieb dieser Schritt. Vier Jahre später, als die Gegensätze sich erheblich verschärft hatten, verbat sich Hoffmann ausdrücklich in einem Schreiben an einen Regierungssekretär den Kommerzienratstitel, worauf das Staatsministerium sich bereit erklärte, auf Hoffmanns Antrag die Zurücknahme der Verleihung höchsten Orts zu befürworten. So geschah es denn auch.

Der fehlte auch noch! An der Studienreise von Reichstagsabgeordneten nach Togo und Kamerun nimmt auch der Reichstagsabgeordnete des Hofer Wahlkreises, Dr. Goller-Münchberg, welcher kürzlich auf den Krücken der verschiedensten bürgerlichen Parteien in den Reichstag gehumpelt ist, teil. Hoffentlich bekommt er keinen Tropenkoller!

Nochmals Englands Neutralität im Südwestafrika-Feldzug. „Morning Post“ veröffentlicht ein Interview Sir Lewis Mitchells, früheren Ministers der Kapkolonie, der in Vertretung des Kolonialsekretärs der Kapkolonie längere Zeit hindurch die Politik der Kapkolonie gegenüber dem Herero-Aufstande geleitet hat. Mitchell äußerte: Die Minister der Kapkolonie waren durch die Umstände zu dem Schluß gedrängt worden, daß mehr Wahrscheinlichkeit eines Uebergreifens der Unruhen auf Britisch-Südafrika bestände, wenn die Kapregierung sich in irgend einer Weise mit der deutschen Waffengewalt verbünde, als wenn Neutralität beobachtet würde. Wir sind mit der Regierung in London in der ganzen Angelegenheit in engster Fühlung geblieben und haben von ihr, so lange ich das Kolonialsekretariat verwalte, in keiner Weise auch nur die geringste Mißbilligung erfahren. Wir haben es durchaus rätlich gefunden, daß in solchen Angelegenheiten alle europäischen Regierungen zusammengehen, aber wir hatten zu erwägen, wie weit dies hier möglich sei. Wir ließen die Aufständischen wissen, daß sie bewaffnet die Grenze nicht überschreiten dürften, und daß sie sonst entwaffnet und interniert werden würden. In der ersten Zeit lieferten einige unserer Offiziere gewisse Rebellen, die die Grenze überschritten, an die Deutschen aus, aber das Verfahren, das die deutschen Behörden gegen diejenigen verfolgten, die sich gefangen gaben, ermutigte nicht zur Wiederholung solchen Vorgehens. (!) Wir haben die Rebellen niemals als kriegführende Partei behandelt; wir haben sie entwaffnet und in einer Art Konzentrationslager interniert; aber in einer solchen wilden, verlassenen Gegend ist es nicht immer möglich zu verhindern, daß einige entweichen. Ich glaube, es ist niemals dagegen Einwand erhoben worden, daß die Deutschen aus dem Gebiete der Kapkolonie Nahrungsmittel für die Zivilbevölkerung erhielten, aber wir fühlten uns außerstande zuzulassen, daß Transporteure von Waffen, Munition, Fourage und andere militärische Zufuhren durch unser Gebiet vor den Augen unserer eingeborenen Bevölkerung gingen, wenn wir uns nicht einer Gefahr aussetzen wollten, die zu übernehmen wir nicht in der Lage waren. Bezüglich des Vorschlages, daß die deutsche Regierung die Kosten der Internierung oder Auslieferung der in die Kapkolonie eintretenden Aufständischen tragen solle, sagte Mitchell: Ich für meine Person wäre dafür, einen solchen Plan zu versuchen. Die Kapkolonie hat bereits große Kosten infolge des Aufstandes gehabt, und das zu einer Zeit, wo ihre Finanzen außerordentlich darniederliegen. Wir haben die Hauptmasse unserer verfügbaren militärischen Streitkräfte an die Grenze gelegt, um unsere Politik durchzusetzen. Wir haben durchaus mit dem Wunsche gehandelt, die freundlichsten Beziehungen zu den anderen europäischen Rassen aufrecht zu erhalten, aber unsere ungeheuer zahlreiche eingeborene Bevölkerung bedingt außerordentliche Vorsicht. — Es ist bedauerlich, daß sich die Auslassungen zum Teil in dunklen Andeutungen bewegen. Aber man kann sich denken, was die Wendung von dem „Verfahren, das die deutschen Behörden gegen diejenigen verfolgten, die sich gefangen gaben“ zu bedeuten hat, man entsinnt sich der „dementierten“ Verfügung: Pardon wird nicht gegeben; man entsinnt sich, daß es von Throthas letztes Ziel ist, die „frechen Aufständischen“ mit Stumpf und Stiel auszurotten. Die „nationale“ Presse erblickt in der Weigerung Englands zu „Freundschaftsdiensten“ (Flüchtlinge der deutschen „Gerechtigkeit“ auszuliefern) einen Verstoß gegen die „Rassensolidarität“; ein konservatives Organ versteigt sich sogar zu der kühnen Behauptung, die Sperrung der englischen Grenze für deutsche Kriegszufuhren bedeute einen „flagranten Widerspruch zu den Grundsätzen des Völkerrechts“. Die Behauptung stützt sich darauf, man habe es nur mit „frechen Aufständischen“ zu tun und nicht mit einer „kriegführenden Macht“. Der Fehler ist eben nur, daß die Behörden der Kapkolonie für solche „Unterscheidungen“ kein Verständnis zeigen wollen.

Kleine politische Nachrichten. Das britische Oberhaus nahm die dritte Lesung der Fremdenbill an. — Die Maskat-Angelegenheit entschied das Haager Schiedsgericht zu Gunsten von England. — In Portugiesisch-Westafrika ist ebenfalls ein Aufstand der Eingeborenen ausgebrochen. Das kann ja noch gut werden!

Rußland.

Ein „Dementi“. Aus Moskau wird gemeldet: Wenn die Absicht bestanden haben sollte, gegen das Bureau und die Teilnehmer des Semstwokongresses gerichtlich vorzugehen, so ist dieselbe jetzt aufgegeben. Senator Postowski ist hier eingetroffen. Er ist beauftragt, sich mit allen Einzelheiten betreffs der genannten Kongresse bekannt zu machen und verkehrt mit den Fürsten Trubetzkoi und Golowin sowie den anderen Mitgliedern des Semstwobureaus. Wie behauptet wird, besteht in Regierungskreisen der Verdacht, nach dem letzten Kongresse sei ein Zusammenschluß der Semstwovertreter mit den Radikalen erfolgt.

Des Kaisers Soldaten werden immer unbotmäßiger. Einem Bericht der „Schles. Zeitung“, der die amtlichen Dementis zu den Meutereiberichten für unwahr erklärt, entnehmen wir folgende Einzelheiten: Einigen 150 Mann des Wohynischen Regiments aus Warschau, welche in diesem Herbst ihre aktive Dienstzeit erledigt hätten, war bekannt gegeben worden, daß sie als Zeichen des besonderen Vertrauens des Kaisers nach dem fernen Osten abgesandt werden sollten. Die Leute weigerten sich, diesem Befehl Folge zu leisten, und wurden vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt. Das Todesurteil sollte an jedem zehnten Manne durch Erschießen vollstreckt werden. Zur Exekution des Urteils war eine Kompagnie des litauischen Regiments kommandiert worden. Dieselbe weigerte sich, auf dem Exekutionsplatze eingetroffen, den Befehl auszuführen. Zwischen den nun telephonisch herbeigerufenen Kosaken und den Soldaten des litauischen Regiments entspann sich ein regelrechtes Gefecht, bei welchem auf beiden Seiten zahlreiche Opfer fielen. Die Kosaken waren jedenfalls nicht im stande, den Widerstand der Litauer zu brechen. Mittlerweile war ein anderes Infanterie-Regiment herbeigeholt worden, welches die Meuterer zwang, die Waffen zu strecken. Was später erfolgt ist, davon wissen nur die Mauern der Warschauer Zitadelle zu erzählen. — Ein sicherer Beweis dafür, daß die russische Regierung selbst ihren Truppen nicht traut, ist, daß nach den Unruhen in Lodz alle Mannschaften der dort garnisonierenden Regimenter katholischen und jüdischen Glaubens sofort in andere Truppenteile versetzt wurden. Außerdem finden fortwährend in den Industriegebieten Russisch-Polens Wechsel ganzer Truppenteile statt. Die Absicht liegt klar zu tage, daß man auf diese Weise die Verbrüderung der Truppen mit dem Volke verhindern will. — Im Kiewer Kreise geht der gegenwärtig erfolgende Abtransport des 9. Korps scheinbar ruhig von statten. Nur ein Pionier-Bataillon aus Kiew — und zwar nicht bloß die Mannschaften, sondern auch einige Offiziere — hatten sich geweigert, nach dem Kriegsschauplatze abzugehen. Dieser Widerstand ist gebrochen worden und das Bataillon ist abgegangen. — Selbst „Väterchen“ scheint schon Angst vor der „Zuverlässigkeit“ „seiner“ Truppen zu haben. Denn auf seine Initiative dürfte es wohl zurückzuführen sein, daß die Einberufung der Reservisten zu den diesjährigen Herbstübungen rückgängig gemacht ist.

Aus Lodz wird berichtet: Hier warf ein Knabe einem Oberschutzmann Schwefelsäure ins Gesicht. Der Verletzte starb auf dem Transport ins Spital. Es wurden 170 Streikführer verhaftet. Die Arbeiter drohen mit einem neuen Streik, wenn die Verhafteten bis Sonnabend nicht freigelassen würden.

Die Gährung, hervorgerufen durch Unzufriedenheit mit den herrschenden Zuständen in Rußland, hat nun auch die Baschkiren ergriffen. In der Gouvernementshauptstadt Ufa (zwischen der Wolga und dem Ural-Gebirge) wurde ein Nationalkongreß der Baschkiren abgehalten. Der Vorsitzende, Schakir Tukajew, Schultheiß der Gemeinde Kalkaschew, sagte u. a: „Dem geistigen und wirtschaftlichen Verfall entgegengeführt, in Leiden geübt, hat das Volk von Baschkiren zum ersten Male die Möglichkeit, sich durch seine Bevollmächtigten offen über seine dringenden Bedürfnisse auszusprechen.“ Der Kongreß beschloß, die Wiederherstellung der Autonomie der baschkirischen Nation zu fordern. — Die Baschkiren zählen rund vier Millionen Seelen, also fast doppelt soviel als die Bevölkerung Norwegens! Es sind seßhafte Hirten und Ackerbauer mohammedanischen Glaubens; der Sprache nach stehen sie den Türken, der Rasse nach den Finnländern nahe. Es gibt bereits eine ganze Zahl akademisch gebildeter Männer unter ihnen.

Schweden.

Als gekränkte Leberwurst gibt sich jetzt der schwedische König. Durch einen bereits gestern erwähnten Erlaß gab er kund: „Da ich auf Anraten meines Arztes einige Zeit Ruhe, frische Luft und Bäder aufsuchen muß, um mit Gottes Hülfe Gesundheit und Kräfte wieder zu gewinnen nach der für Körper und Seele so anstrengenden Zeit, welche ich infolge der Sorgen gehabt habe, die mich während der letzten Monate heimgesucht haben, und deshalb jetzt die Regierung meinem Sohn, dem Kronprinzen, übertrage, will ich, ehe ich von der Hauptstadt abreise, aufs neue den Dank bekräftigen, welchen ich bereits vorher öffentlich meinem schwedischen Volk ausgesprochen habe. Ich kann nicht genug hervorheben, wie teuer mir die vielen sprechenden Beweise von Liebe und Sympathie, die ich von verschiedenen Seiten erhalten habe, als Trost für das gewesen sind, was ich durch den Abfall des Volkes verloren habe, das ich aus innerstem Herzen in brüderliche Liebe mit meinem schwedischen Volke zu vereinen gewünscht hatte. Oskar.“ — Seit die Norweger ihn entlassen haben, hatte Oskar doch nur noch die halbe Arbeit; er brauchte nur noch ein Volk zu regieren, nicht mehr zwei. Trotz dieses halben Ruhestandes spricht er von einer „anstrengenden Zeit.“ Ja, warum gibt er denn dann das Regieren nicht ganz auf, warum hält er nicht auch seinen Sohn von dem so sorgenvollen Beruf ab? Von richtigem Gottesgnadenbewußtsein zeugt es, wenn der König vom „Abfall des Volkes“ spricht. Die Sache ist doch klar genug: Der alte König versah seine geringfügigen Regierungsgeschäfte nicht in der Weise, wie die Norweger es zu beanspruchen hatten, und es geschah, was in solchen Fällen nicht nur die Könige trifft: er wurde entlassen! Uebrigens rechtfertigt, wenn das nötig wäre, Oskar noch nachträglich die norwegische Revolution. Er sagt, daß er das norwegische Volk mit dem schwedischen zu vereinen gewünscht habe. Die Norweger hatten aber kein Verlangen nach Vereinigung, sondern wollten selbständig sein. Darum machten sie von ihrem guten Recht Gebrauch. Immerhin ist der Erlaß Oskars lehrreich, auch außerhalb Skandinaviens. Er zeigt uns, welche Auffassung die Fürsten von ihrem Beruf haben.

Spanien.

Die agrarische Krise nimmt einen ungeheuerlichen Umfang an. In fast allen Provinzen des Landes sind Tausende und Abertausende von Bauern und Arbeitern arbeits- und brotlos. Allenthalben finden Demonstrationen statt; doch sind die ohnmächtigen Unterbehörden selbst beim besten Willen nicht imstande, den entsetzlichen Mißständen abzuhelfen. Der Ackerbauminister hat beim Finanzminister Gewährung von Krediten beantragt; doch wo nichts ist — — —. Die Stadtverwaltung von Malaga hat sich gezwungen gesehen, ihre Zahlung einzustellen usw. — Eine nette Wirtschaft!

Rußland und Japan.

Der Korrespondent der „Times“ in Tokio übermittelt seinem Blatte die folgende Aufstellung über die während des Krieges von Japanern und Russen erlittenen Verluste. Darnach verloren die Japaner bis zum Falle von Port Arthur 29000 Mann (Offiziere eingeschlossen) des Landheeres und 1800 Marinesoldaten und Matrosen. Der Gesamtverlust bis zum heutigen Tage beträgt 167402; jener der Russen, die von den Japanern gemachten 67000 Gefangenen eingeschlossen, 388480. An Schiffen verloren die Russen 73 mit einer Wasserverdrängung von 346000 Tonnen und die Japaner 12 mit 46000 Tonnengehalt. Dagegen fielen von den russischen Schiffen, die bisher gehobenen Kriegsschiffe eingerechnet, über 20 in ihre Hände, die mit den als Prisen genommenen 45 Handelsdampfern verschiedener Nationen einen Tonnengehalt von 108000 Tonnen repräsentieren. Während die Japaner kein einziges Handelsschiff in den Grund gebohrt haben, war dies die Hauptbeschäftigung der russischen Kreuzer und fielen denselben außer den deutschen und britischen Schiffen 15 japanische Handelsschiffe zum Opfer, deren durchschnittlicher Tonnengehalt jedoch nur 234 Tonnen betrug, was erkennen läßt, daß es sich nur um ganz unbedeutende Fahrzeuge handelte, auf welche es sich kaum der Mühe verlohnte Jagd zu machen und Zeit und Munition zu verschwenden.

Lübeck und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 9. August 1905.

Achtung Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter! Der Zuzug von Bauarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist streng fernzuhalten!

Die Einnahmen an Staatssteuern und Abgaben beliefen sich im Monat Juli auf 133917,32 Mark gegen 124733,04 Mk. im gleichen Zeitraume des Vorjahres. Die Einkommensteuer und Veräußerungsabgabe erbrachte rund 7 bezw. 8000 Mk. mehr, während die Erbschaftssteuer 8000 Mark weniger erbrachte. Mit 1. April bis Ende Juli cr. gingen ein 1028210,30 Mk., gegen 988068,10 Mk. im Vorjahre. Das Mehr beträgt demnach 40142,20 Mk.

o. **Zu den Zuständen in Oberberg**, die im „Volksboten“ Nr. 181 schon richtig geschildert sind, ist es jedenfalls noch für die Oeffentlichkeit von Interesse, einmal das Beschwerdewesen der Anstalt näher zu beleuchten, denn hier ist die Wurzel allen Uebels. Während früher der Zustand bestand, daß, wenn von der Leitung der Anstalt den Patienten Verhaltungsmaßregeln oder sonst etwas bekannt gegeben wurde, dieses vom Inspektor selber geschah, andererseits die Patienten ihre Wünsche und Beschwerden auch persönlich vorbringen konnten, hat man schon vor längerer Zeit diesen Zustand geändert und sogenannte Obmänner eingeführt und haben die Patienten ihre Beschwerden an diese gelangen lassen. Die Obmänner unterbreiten sie alsdann wieder dem Inspektor oder auch nicht; eine Kontrolle hierüber hat man nicht. Andererseits wird den Patienten durch die Obmänner alles bekannt gegeben, was der Inspektor wünscht oder nicht wünscht. Wurde uns doch sogar kurz vor Pfingsten mitgeteilt, daß die Patienten beim Abreisen von Mitpatienten nicht mit roten Taschentüchern winken dürfen; es solle nicht demonstriert werden. Leider wurde nicht gesagt, was derjenige, der kein anderes als ein rotes Taschentuch hat, beim Abschiedsgruß eines Freundes zu diesem Zwecke nehmen soll. Nun kommt es aber auch vor, oder vielmehr ist es vorgekommen, daß Leute, welche das Vertrauen ihrer Mitpatienten genossen und zu Obmännern gewählt wurden, nicht bestätigt sind. Ob aus Gesundheitsrücksichten oder anderen Gründen ist nicht genau zu sagen. Jedoch hat bei den Patienten die Meinung Platz gegriffen, daß die Obmänner oft nicht die geeigneten Leute sind, welche die Beschwerden und Wünsche der Patienten in geeigneter Weise vertreten können, sondern es mitunter sogar den Anschein hat, als glauben diese Obleute, sie seien dazu da, nur die Interessen der Anstalt zu vertreten. Die Antipathie gegen die Obmänner hat sich sogar so gesteigert, daß es einige Male vorgekommen ist, daß sich trotz Aufforderung des Inspektors die Leute energisch gesträubt haben, einen Obmann zu wählen. Entweder ist es dann nach mehrmaligen Bemühungen gelungen, doch einzelne Patienten zur Annahme des Postens zu bewegen und eine Wahl zu Stande zu bringen, oder der Inspektor ernannte einfach einen Patienten hierzu, und leider finden sich ja immer noch Leute, welche glauben, aus irgend welchen Rücksichten dieses annehmen zu müssen. Was haben nun diese Obmänner zu tun? Es bestehen in der Anstalt 6 Abteilungen; für jede Abteilung fungiert ein Obmann. Außerdem besteht ein Tischobmann, welcher die Aufsicht beim Essen hat, Beschwerden hierüber entgegennimmt, dieselben der Leitung unterbreitet oder es auch unterläßt und die Ausgabe der Postsachen an die Patienten besorgt. Die Obmänner der Abteilungen haben zu beaufsichtigen, daß die Patienten die schmutzige Wäsche abgeben, wenn Wäsche an dieselben ausgegeben wird. Die neu hinzukommenden Patienten werden während der ersten drei Tage täglich dreimal gemessen und die Obmänner haben umschichtig wöchentlich das Baden der Patienten zu besorgen und das sogenannte Beschwerdewesen, wie man es nennt, zu erledigen. Für die Dauer ihrer Tätigkeit werden die Obmänner mit 10 Mk. entschädigt, wenn sie bis zum Schlusse ihrer regelrechten Entlassung diesen Posten bekleiden. Ob nun aber die Verrichtung dieser Arbeiten im Interesse der Gesundheit dieser Patienten liegt, oder ob es nicht vielleicht richtiger wäre, für diese Arbeiten besoldetes Personal anzustellen und die Art des Beschwerdewesens in einer andern Form zu regeln, ist jedenfalls eine Frage, welche die in Betracht kommenden Instanzen einmal gründlich erwägen sollten. Daß nun die Strenge des Gesetzes bei den geringsten Vergehen der Patienten waltet, wird wohl allgemein bekannt sein. Aber in welcher Weise diese Leute, die „gegangen worden sind“, entlassen werden, das mag folgender Vorfall zeigen: An einem Sonntag nachmittag gingen zwei Patienten eine Tour spazieren; es war im Juni. Unterwegs trafen sie eine Gastwirtschaft. Infolge der Hitze kam ihnen auch wohl der Gedanke, etwas zu sich zu nehmen. Sie tranken also zwei Tassen Kaffee. Da nun nach dem Buchstaben des Gesetzes wohl der Besuch von Gasthäusern verboten ist, Kaffee zu trinken aber nicht, so hatten diese Leute, da sie in flagranti ertappt wurden, gegen die Ordnung verstoßen. Es wurde nach Lübeck berichtet, und am nächsten Sonntag vormittag gegen 11 Uhr bekamen diese Leute Bescheid, ihre Sachen zu packen und sofort die Anstalt zu verlassen. Es wurde den Leuten das Fahrgeld vierter Klasse ausgezahlt und mußten sie noch Sonntags, ohne Mittagessen erhalten zu haben, die Anstalt verlassen. Nun war es ihnen aber nicht mehr möglich, an demselben Tage Lübeck, resp. Hamburg zu erreichen. Wenn sie nun mittellos waren, wo sollten sie übernachten? Warum konnte man die Leute nicht bis Montagmorgen in der Anstalt behalten, da sie dann doch in einem Tage nach Hause gekommen wären. Die übrigen Patienten hätten jedenfalls keinen Schaden dadurch erlitten. Es geht nichts über die christliche Nächstenliebe.

Unglücksfall. Auf dem an der Sägemühle der Firma Havemann u. Sohn liegenden Pitchpineholz löschenden englischen Dampfer „Nith“ erlitt am Dienstag nachmittag gegen 6 Uhr der hier wohnhafte Hafenarbeiter Böttcher dadurch einen schweren Unfall, daß ihm, der im Schiffsraum mit dem Einschlagen des schweren Holzes in die Stropp beschäftigt war, eine Hiewe beim Ueberschwenken so schwer in die Seite traf, daß er mit Wucht gegen einen der Raumstützen geschleudert wurde. Der besinnungslos Daliegende mußte, auf ein Brett befestigt, aus dem sehr tiefen Schiffsraum hinausgewunden werden, worauf er auf Gras gebettet so lange liegen blieb, bis man ihn mit dem telephonisch schnell herbeigerufenen Sanitätswagen zunächst in seine Wohnung schaffen konnte.

Oeffentlicher Schlachthof. Im Juli 1905 wurden geschlachtet: Ochsen 22, Bullen 84, Kühe und Starken 509, fette Kälber 521, nüchterne Kälber 264, Lämmer —, Ziegen 31, Schweine 2028, Schafe 729, Pferde 42, zusammen also 4230 Tiere gegenüber 4056 im gleichen Monat des Vorjahres. Beanstandungen: Bei lebenden Tieren: Keine. Bei geschlachteten Tieren: 1. Ungeeignet zur menschlichen Nahrung befunden, mit Beschlag belegt und vernichtet: 2 Kühe wegen eiteriger Bauchfellentzündung, 1 Kuh wegen Tuberkulose und Abmagerung, 1 Kuh wegen jauchiger Darmentzündung, 1 Kuh wegen Bauchfell-, Magen- und Darmentzündung, 1 Pferd wegen hochgrad. Abmagerung, 2 Schweine wegen jauchiger Gebärmutterentzündung, 1 Schwein wegen Schweineseuche, 1 Schwein wegen Tuberkulose und Abmagerung, 1 Schwein wegen eitriger Lungen- und Bauchfellentzündung, 1 fettes Kalb wegen Tuberkulose und Abmagerung, 1 Ziege wegen eiteriger Lungenentzündung, 2/4 Schweine wegen Schweineseuche. 2. Auf der Freibank wurden verkauft: 1 Bulle wegen Tuberkulose, 1 Kuh wegen Tuberkulose, 3/4 Rindfleisch wegen Tuberkulose, 11/4 Schweinefleisch wegen Tuberkulose, 2/4 Kalbfleisch wegen Tuberkulose. 3. Im Dampf-Desinfektor wurden gekocht: 7 Schweine wegen Tuberkulose, 1 Schwein wegen Rotlauf, 1 Schwein wegen Schweineseuche, 1 Bulle wegen Tuberkulose, 1/4 Rindfleisch wegen Tuberkulose, 5/4 Schweinefleisch wegen Tuberkulose, Schweinefleisch wegen Schweineseuche, 2/4 Kalbfleisch wegen Tuberkulose. 4. Dem zoologischen Garten zur Fütterung der Tiere überwiesen: 2 Kühe wegen eiteriger traumatischer Lungenentzündung, 6 Kühe wegen Tuberkulose und Abmagerung, 1 Kuh wegen Darmentzündung und wässeriger Durchtränkung des Fleisches, 1 Kalb wegen Nierenentzündung, 1 nüchternes Kalb wegen Unreife. Bei den übrigen geschlachteten Tieren sind 915 einzelne erkrankte Organe beschlagnahmt und unschädlich beseitigt worden. 711 Kg. Fleisch auswärts geschlachteter Tiere wurden auf dem Schlachthofe untersucht.

Durch ein Versehen ist im gestrigen Bürgerschaftsbericht, 1. Spalte, aus der Rede Baethckes ein Teil des Satzes fortgeblieben. Es muß dort richtig heißen: „Einen Fehler hat der Zensus allerdings, und zwar den, daß er nicht auch für den Erwerb des Bürgerrechts vorgesehen worden ist. Doch das ist ja noch nachzuholen. Wenn man glaubt, daß man durch die Aufhebung des Zensus die Sozialdemokratie befriedigen würde, so sage ich, das ist nicht der Fall.“

Ertrunken ist Montag nachmittag das fünfjährige Töchterchen des Heizers J., welches auf dem Bagger, auf welchem der Vater beschäftigt war, spielte. Das Kind fiel in einem unbewachten Augenblick in die Wakenitz und konnte leider nicht gerettet werden. Die Leiche wurde geborgen.

Die Wasserwärme des Krähenteiches betrug gestern nachmittag 21 Grad.

pb. **Diebstahl.** In der Nacht vom 7. zum 8. d. M. sind aus dem Bühnengarderobenraum der Stadthalle mittels Einsteigens gestohlen: 1 Paar fast neue Lack-Zugstiefel, zwei fast neue schwarze Tuchhosen. Im Hosenbund befinden sich die Firmen: „Siegmund Simon-Chemnitz“, bezw. „Kalisky“, vielleicht auch noch „Königsberg“. An der „Kalisky“ gezeichneten Hose befinden sich blaue Stahlknöpfe. Ferner wurden zwei Instrumentenfutterale erbrochen und aus denselben eine große Flöte, Modell Meyer, und eine kleine Flöte, Modell Mollenhauer, gestohlen. — Ermittelt und festgenommen wurde ein Diener, der seine Herrschaft bestohlen und ferner im Verdacht steht, den in der Nacht vom 7. zum 8. d. M. in der Stadthalle ausgeführten Einbruchsdiebstahl begangen zu haben.

pb. **Mißhandlung.** Eine z. Zt. in Schönkamp arbeitende Schnitterfrau brachte zur Anzeige, daß sie von einem mit ihr zusammen arbeitenden Schnitter mit einer Sense bezw. Sensenschleifstein schwer mißhandelt worden sei.

pb. **Fahrraddiebstahl.** Von einem Hausflur in der Breitestraße wurde am gestrigen Abend ein Fahrrad, Marke „Superior“ gestohlen. Das Rad mit der Polizeinummer 5170 hat neueingesetzten Freilauf, gelbe Felgen und gebogene Lenkstange. Auf der Lenkstange befindet sich ein schwarzer Fleck.

pb. **Leichenfund.** Heute morgen wurde unterhalb der Fischergrube die Leiche eines Arbeiters aus Schwartau aus der Trave gezogen. Ob Unglücksfall oder Selbstmord vorliegt, konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden.

Schönberg. Seine Tat gestanden hat Schall, der vor kurzem einen Arbeitskollegen in der Nähe von Ratzeburg niederschlug und beraubte. Der Verletzte befindet sich auf dem Wege der Besserung.

Flensburg. Der vergeßliche Landrat. Die Erwartung, die allgemein in der bekannten Angelegenheit gehegt wurde, hat sich erfüllt. Pastor Jacobsen hat auf die Ausführungen der „Schleswigschen Grenzpost“ in der 2000 Mk.-Affäre geantwortet. Im „Fl. Annoncenblatt“ befindet sich ein Eingesandt aus der Feder Jacobsens, das wir hiermit wörtlich wiedergeben:

In Nr. 180 der „Schleswigschen Grenzpost“ von gestern heißt es unter Haderleben wie folgt:

„In dem „Flensburger Annoncenblatt“ hat der frühere Pastor Jacobsen eine Erklärung veröffentlicht, in welcher er behauptet, im Juli 1903 durch einen Brief an den Landrat Becherer über die ihm, Jacobsen, durch v. Winter angeblich gemachte Zumutung, unter Anerbieten von 2000 Mk. einen Mann zu einer bestimmten Aussage zu veranlassen, sich beschwert zu haben. Wir sind ermächtigt zu erklären, daß eine solche Beschwerde weder beim Kreisausschuß hier, noch beim Landratsamt, noch beim Landrat direkt eingegangen ist. Auch von der Tatsache, daß Jacobsen v. Winter bei der Staatsanwaltschaft denunziert hatte, hat der Landrat erst durch die Erklärung im „Flensburger Annoncenblatt“ Kenntnis erhalten.“

Dem Herrn Landrat ist demnach offenbar der Empfang und der Inhalt meines damaligen Schreibens total aus dem Gedächtnis entschwunden!

Den geschehenen Empfang hoffe ich demnächst nachweisen zu können, den wortgetreuen Inhalt meines damaligen Briefes, der im Konzept vorliegt, gebe ich hiermit bekannt. Das Schreiben lautet:

Scherrebek, den 12. Juli 1903.

Herrn Landrat Becherer, Wohlgeboren,
Hadersleben.

Folgendes Erlebnis aus dem Frühjahre 1902 will ich Ihnen nicht vorenthalten. Der kommissarische Amtsvorsteher v. Winter, dem sehr daran gelegen war, festzustellen, daß P. Timmermann in Scherrebek Optant sei, ließ mir durch eine Zwischenperson sagen: Der Schuhmacher Greißen in Blanker ist um die fragliche Zeit in Dänemark gewesen, derselbe muß veranlaßt werden, auszusagen, daß er Peter Timmermann damals in Dänemark gesehen und daß Timmermann sich damals längere Zeit in Dänemark aufgehalten hat. Diese Aussage muß er event. eidlich erhärten, einerlei, ob er die Sache nun genau erinnert oder nicht. Ich stelle für diese eidliche Aussage 1000 Mk. zur Verfügung event. wenn nötig 2000 Mk.

Ich habe diese Zumutung damals mit Entrüstung als Verleitung zum Meineid zurückgewiesen und mir nach diesem Erlebnis mein Urteil über die Denkungsart des Herrn v. Winter gebildet. Weiteres hinzuzufügen dürfte überflüssig sein; eidliche Aussage steht zur Verfügung.

J. Jacobsen, Pastor.“

Nach Absendung des Briefes sprach ich am folgenden Tage mit mehreren Freunden, unter andern auch mit dem Rechtsanwalt Ritter, über die Sache und legte ihnen den Wortlaut obigen Schreibens an den Landrat Becherer vor. Auf deren Rat sandte ich dann zwei Tage darauf zur Vervollständigung meines ersten Briefes nachfolgendes Schreiben an den Landrat Becherer:

„Scherrebeck, den 14. Juli 1903.

An den Königl. Landrat Herrn Becherer
Hadersleben.

In Ergänzung meines Schreibens vom 12. d. M. betreffend den Komm.-Amtsvorsteher v. Winter bemerke ich, daß die Zwischenperson der jetzige Hotelbesitzer W. Lassen in Scherrebek war.

J. Jacobsen, Pastor.“

Hat der Herr Landrat vielleicht auch dieses zweite Schreiben nicht erhalten?

Ich bin bereit, den genauen Wortlaut und die Ab-

sendung dieser beiden Briefe eidlich zu erhärten bezw. durch Zeugen erhärten zu lassen. Ob der Herr Landrat wohl imstande sein wird, den Empfang unter Eid abzuleugnen ?!

Was zweitens die fernere Behauptung des Landrats betrifft, daß er erst durch die Erklärung im „Flensburger Annoncenblatt" von dem Ermittelungsverfahren gegen v. Winter Kenntnis erhalten haben will, so erscheint das ebenso wunderbar und ganz unglaublich. Meine Anzeige an die Königliche Staatsanwaltschaft ist datiert vom 18. Juli 1903. Die Nachricht, daß das Verfahren eingestellt wurde, ist datiert vom 28. August 1903. Meine Beschwerde darüber bei der Oberstaatsanwaltschaft ist datiert vom 8. September 1903. Daß das Verfahren wieder aufgenommen sei gegen v. Winter, ist durch Schreiben des Ersten Staatsanwalts in Flensburg unter dem 23. September 1903 mitgeteilt. Am 12 Oktober 1903 ist dann die endliche Einstellung des Verfahrens mir mitgeteilt worden. Es hat also ein ausgedehntes und langwieriges Ermittelungsverfahren durch die Königliche Staatsanwaltschaft gegen einen dem Königl. Landrat Becherer unmittelbar unterstellten Verwaltungsbeamten stattgefunden, ohne daß der Herr Landrat das geringste davon erfahren hat! Erst jetzt, über zwei Jahre später, will er durch den Artikel im „Flensburg. Annoncenbl." Kenntnis davon erhalten haben!? Wunderbar — höchst wunderbar —!

Flensburg, den 4. August 1905.

J. Jacobsen,
früher Pastor in Scherrebek.

Zu der Erklärung des Landrats Becherer, er habe erst vor ein paar Tagen durch die Veröffentlichung Jakobsens im „Flensb. Annencenblatt" von der Anzeige des Pastor Jakobsen bei der Staatsanwaltschaft Kenntnis erhalten, bringen die dänischen Zeitungen einige Tatsachen in Erinnerung. Am 14. März 1904 haben die beiden Abgeordneten Nielsen und Hansen im Landtage den Fall „Amtsvorsteher Winter v. Adlersflügel" besprochen, wobei Hansen den von Jakobsen gegen den Amtsvorsteher bei der Staatsanwaltschaft gestellten Strafantrag zitierte. Der stenographische Bericht dieser Landtagsverhandlungen wurde damals in allen dänischen Blättern Nordschleswigs abgedruckt. Trotzdem behauptet der Landrat, er habe erst vor ein paar Tagen durch das „Flensb. Annoncenbl." Kenntnis erhalten. Aber es kommt noch besser. Am 15. April 1904 stießen in einer Sitzung des Haderslebener Kreistages der Landrat und der Landtagsabgeordnete Nielsen, der auch Mitglied des Kreistages ist, scharf zusammen. Bei dieser Gelegenheit verlas der Landrat Becherer eine Menge Abschnitte aus dem stenographischen Bericht der Landtagsverhandlungen vom 14. März 1904. Der Landrat war also damals, wie 20 paar Augen sahen, im Besitz des stenogr. Berichts. — Wir wollen diesen Tatsachen nichts hinzusetzen, weil wir hoffen, daß die Szenerie des nordschleswigschen Schauspiels noch mehr Bilder zeigen wird.

Flensburg. Da die Maurerinnung die Forderung der Gesellen nach 58 Pfg. Stundenlohn, andere Einteilung der Baubeaufsichtigung, Selbsternennung der Poliere und Herabsetzung der Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden abgelehnt hat, so rechnet man mit der Möglichkeit, daß die Maurergesellen die Arbeit niederlegen werden. — Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Sonnabend in dem zur Ziegelei Budach und Petersen gehörenden Sandberg an der Apenraderstraße. Ein sechsjähriges Mädchen, Tochter einer Witwe, spielte mit anderen Kindern in dem Sandberge, als sich ein Teil der oberen Sandschicht löste und das Kind unter sich begrub. Den angestrengtesten Rettungsversuchen gelang es schließlich, das Kind ans Tageslicht zu fördern, doch trotz sofortiger Hülfeleistung eines vorüberkommenden Militärarztes gelang es leider nicht, das Kind ins Leben zurückzurufen.

Letzte Nachrichten.

Thorn. Krieg in Frieden. Beim Regimentsexerzieren des 176. Infanterieregiments wurden sechs Mann vom Hitzschlag getroffen. Ein Mann wurde infolge von Gehirnerweichung von einem plötzlichen Wahnsinnsanfall ergriffen. — Es ist doch eine Lust Soldat zu sein!

Ostrowo. In der Angelegenheit des russischen Grenzsoldaten, der auf preußischem Gebiete ein achtjähriges Mädchen erschoß, fand ein Lokaltermin statt. Der verhaftete Grenzsoldat wurde vorgeführt und mußte der Sezierung der Leiche beiwohnen. Die russische Regierung hat dem Vater des erschossenen Kindes sechshundert Rubel als Entschädigung angeboten, doch hat dieser das Angebot nicht angenommen.

Breslau. Wieder eine Pilzvergiftung. In Rogau erkrankte die Familie des Stellenbesitzers Kurzydym nach dem Genuß von giftigen Pilzen. Der Mann und zwei Kinder sind gestorben, die übrigen Mitglieder der Familie liegen krank darnieder.

Spremberg. Das schreckliche Eisenbahnunglück von dem in letzter Nummer bereits berichtet wurde, soll durch Unachtsamkeit des Stationsassistenten Stulliß in Spremberg verschuldet worden sein. Stulliß, der vorläufig vom Amte suspendiert wurde, hat den Schnellzug aus Spremberg abgehen lassen, trotzdem er gewußt haben soll, daß der Nachzug aus Görlitz abgelassen war. Ueber das Unglück lag bis gestern abend an amtlichen Mitteilungen nur das kurze Telegramm vor: „Der Schnellzug Nr. 113 stieß mit dem Nachzug Nr. 112 gestern nachmittag zwischen Spremberg und Schleife zusammen. Zwei Maschinen, vier Packwagen und fünf Personenwagen sind entgleist und größtenteils zertrümmert. **15 bis 20 Personen sind tot, 5 wurden schwer verletzt.**" Unter den Getöteten befand sich u. a. auch Heinrich Pelas, Graf von Plauen, 17 Jahre alt, Schüler der Ritterakademie Liegnitz aus Wenkendorf, als Sohn des Prinzen Heinrich XXVI. successionsfähiges Mitglied des fürstlichen Hauses Reuß jüngere Linie.

Swinemünde. Bei starkem Nordweststurm kenterte ein Boot, in dem sich 2 Matrosen von der Jacht „Hohenzollern" und 2 Zivilisten befanden. Einer der Zivilisten ist ertrunken.

Finsterwalde. Cholera. Hier erkrankte kürzlich eine Arbeiterfamilie unter schweren Vergiftungserscheinungen. Vier Familienmitglieder wurden davon betroffen. Sie mußten in das Krankenhaus eingeliefert werden. Anfangs vermutete man Vergiftung durch Grünspan. Jetzt ist festgestellt, daß Cholera nostras vorliegt. Ein 15jähriger Knabe ist bereits gestorben. An dem Aufkommen der Frau und einer 17jährigen Tochter wird gezweifelt. Genuß unreifen Obstes ist als Ursache der Erkrankung anzusehen.

Hannover. Ein blutiges Rencontre ereignete sich Sonntagabend in dem benachbarten Misburg, wo in Zementfabriken polnische und kroatische Arbeiter beschäftigt sind. Ohne jeden Grund wurden in einer Wirtschaft zwei Kroaten von Polen angegriffen. Der Kampf setzte sich auf der Straße fort. Ein Kroate verletzte mit einem Stilett zwei Polen, daß sie alsbald starben. Weiter wurden noch zwei Arbeiter schwer und zwei leicht verletzt. Der Haupttäter ist entflohen.

Weinheim. Sich selbst gerichtet. Der Tagelöhner Philipp Beuttel, der dringend verdächtig war, vor etwa 14 Tagen einen auf der Straße stehenden voll beladenen Erntewagen angezündet und verbrannt zu haben, hat sich aus Furcht vor Strafe unter den Frankfurter Frühzug geworfen, dessen Räder ihn völlig zermalmten.

Bamberg. Liebestragödie? Der Reisende Fromme verletzte in einem hiesigen Hotel die Frau des Fabrikannten Böhm aus Plauen durch einen Schuß in den Kopf und erschoß sich dann selbst.

Briefkasten.

Zwei Streitende. Das Stadttheater in der Beckergrube faßte gut 900 Personen.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 8. August

Der Schweinehandel verlief gut.

Zugeführt wurden 1240 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis. Schwere Schweine — Mk., Versandtschweine, schwere —68½ Mk., leichte 69—70 Mark Sauen 60—65 Mk. und Ferkel 66—68 Mk. pro 100 Pfund.

Sparsame Hausfrauen

gebrauchen anstatt der teuern Naturbutter längst die bewährte und beliebte Margarine

„Mohra"

Denn „MOHRA" vereinigt in sich alle Vorzüge guter Molkereibutter in jeder Verwendungsart, ist aber um fast die Hälfte billiger.

= kaufen nur =
Mohra im Karton

Freiwillige Kranken- und Sterbe-Kasse.

Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 6 in Lübeck.

Außerordentliche

General-Versammlung

am Donnerstag den 10. August 1905
abends **9** Uhr
im „Vereinshaus", Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:

1. **Beschlußfassung über die Vereinigung der Freiwilligen Kranken- und Sterbekasse, E. H.-K. Nr. 6, mit der Kranken- und Sterbe-Kasse gewerblicher Arbeiter, E. H.-K. Nr. 24.**
2. **Auflösung der Freiwilligen Kranken- u. Sterbe-Kasse, E. H.-K. Nr. 6.**

Der Vorstand.

Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen.

Lassalle-Feier.
Komiteesitzung Donnerstagabend 9 Uhr.

A. B. Sch.
Donnerstag: Festkomitee.

Zum 1. Oktober
eine kleine freundliche Wohnung zu verm.
Marlistraße 43.

Eine Wohnung zu vermieten
an kleine Familie Schönböckenerstraße 16

Sof. od. 1. Okt. eine gute Wohnung
Preis 160 Mk. Pegelaustraße 14
Zu erfragen II. Etage.

Gesucht
ein Schuhmachergeselle.
Aug. Rostock, Fünfhausen 14.

Gefunden 1 Haarring m. Goldplatte
Abzuholen Rabenstraße 20 a

Frisches
Damwild - Fleisch
à Pfd. 40 Pfg.
Frisches Rehfleisch
à Pfd. 25 Pfg.
W. HOLST, Bäckerstraße 13 a.

Bei C. Carstens
Arnimstrasse
kommt nur
ff. Hansa-Bier
zum Ausschank.

Lübecker
Genossenschaftsbäckerei
E. G. m. b. H.

Ordentliche
General-Versammlung
am Donnerstag den 10. August
abends 8¾ Uhr
im Vereinshaus,
Johannisstr. 50—52.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 2 Quarta 1905.
2. Berichterstattung über den Stuttgarter Verbandstag und Anschluß an die dort gegründete Unterstützungskasse.

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei.
E. G. m. b. H.
P. Pape. J. Böger.

Schmerzloses Einsetzen
künstlicher Zähne
ohne Herausnahme der Wurzeln
unter Garantie der Brauchbarkeit beim Essen.
Teilzahlung gestattet.
M. Marks, Zahnkünstler, Mühlenstr. 28.

Empfehlungs - Karten
Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

Stadt - Halle.
Donnerstag: Abonnements-Vorstell. 76.
Gastspiel Fr. Waldheim und Herr Meffert.
Singvögelchen.
Pension Schöller.
Anfang 7½ Uhr. Von 7 Uhr: Konzert.

Sarg-Magazin
Grösstes Lager am hiesigen Platze, bekannt billige Preise.
Fernsprecher 427. **Gebr. Müter**
Stets Neuheiten in Perl- und Metallkränzen.
Eiserne Grabkreuze.
obere Mühlenstraße 13 und kurze Königstraße 116 a.
Ueberführung von und nach Auswärts mit eigenem Wagen.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Löwigt. Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 185 — Donnerstag, den 10 August 1905. — 12. Jahrgang.

Zarischer Trug und revolutionärer Kampf.

Zar Nikolaus hat den Entwurf Bulygins endgültig gutgeheißen, melden Telegramme. Die „Duma“ soll ins Leben treten. Man ist einigermaßen in Verlegenheit, wenn man dieses Wort in eine menschliche Sprache übersetzen soll. Es ist nämlich kein russisches Wort, sondern es ist eine Mißgeburt der moskowitischen Kanzleien, und da das Gebilde, das damit bezeichnet werden soll, widersinnig ist, so fehlt eben auch eine vernünftige Benennung. Diese „Duma“ soll eine beratende Körperschaft sein, die von gewissen Gruppen der Bevölkerung gewählt wird. Beraten soll sie über das, was die Regierung ihr vorlegt. Man besteht aber bereits eine solche Körperschaft: der russische „Staatsrat“. Allerdings wird er nicht gewählt, sondern es herrscht hier, ähnlich wie im Oesterreich, die Zuchtwahl: Wer in der Kaste der Tschinowniks auf irgendeine Weise eine der höheren Rangstufen erklommen oder erschlichen hat, sich dann aber entweder als gar zu dummer Töpel oder als gar zu großer Gauner entpuppt, der hat Aussicht, in den „Staatsrat“ zu gelangen. Diesem Staatsrat nun wird die neue „Duma“ als „gleichberechtigt“ hinzugefügt. Diese „Duma“ soll neben dem Staatsrate funktionieren, sie soll aber ebensowenig wie dieser entscheidende Stimme haben, und ihre Meinung gilt überhaupt nicht, wenn seine Staatshämorrhoidarier und Obergauner anderer Ansicht sind. Aber selbst wenn diese beiden grotesken Gebilde eine Meinung haben, so gilt das auch nicht, so lange der Zar anderer Ansicht zu sein beliebt. Kurz — es handelt sich um nichts weiter, als um ein höchst überflüssiges Anhängsel zum Absolutismus. Dieser bleibt; es bleiben die zarischen „Ukase“, die jedes Gesetz außer Kraft setzen oder in ihr Gegenteil verkehren können, es bleibt die despotische Willkür, es soll weiterhin die Knute über 140 Millionen Menschen regieren, nur wird dieser Knute ein buntes Bändchen angehängt.

Die „Duma“ soll gewählt werden. Man durfte erwarten, daß sich die Berater des armen Nikolaus ein wenig anstrengen, um ein Wahlrecht auszuklügeln, bei dem der Schein gewahrt wird. Das wäre so leicht gewesen, da ja in Preußen, in Belgien, in Oesterreich, so schöne Beispiele vorliegen: europäische Demagogie gepaart mit mongolischer Pfiffigkeit hätten sicher in diesem Falle ein wundervolles Resultat zeitigen können. Allein die Bande war entweder zu faul, oder sie versucht wirklich va banque zu spielen. Mit moskowitischer Brutalität schließt sie nicht nur das Proletariat von der Wahl aus, sondern auch nahezu das ganze Bürgertum, die sogenannte Intelligenz.

Urwähler — so heißt es — wird jeder, der unbewegliches Eigentum in einer Stadt besitzt, wenn der Wert dieses Eigentums in den Hauptstädten mindestens 30 000 Rubel beträgt, in den übrigen Städten 15 000 Rubel (64 800 und 32 400 Mark); außerdem die Inhaber von „Patenten zur Ausübung von Handel und Gewerbe“. Diese „Patente“ (Gewerbescheine) werden nun von den Kaufleuten und von den größeren Gewerbetreibenden gezahlt, alle Kleingewerbe ohne Gehilfen sind frei von der Gewerbesteuer; also sind auch die Handwerker und Krämer nicht wahlberechtigt. Schließlich ist Urwähler, wer 33 Rubel (71.28 Mark) Wohnungssteuer zahlt. Natürlich wird eine so hohe Steuer nur von Leuten mit sehr großem Einkommen gezahlt.

Noch toller ist der Hohn, den man mit den Bauern treibt. Hier wird ein doppelt indirektes Wahlsystem geschaffen. Die Bauern nämlich „nehmen durch ihre Vertreter an den Urwählerversammlungen teil; diese Urwähler wählen die Wahlmänner“.

Mit einem Worte, die Besitzlosen sind absolut von der Wahl ausgeschlossen, nur die Besitzenden haben Stimme; und da in Rußland die bäuerlichen Besitzer eigentlich Proletarier sind, so wird für sie eine Karrikatur des Wahlrechts ausgetüftelt.

„Daß mit dieser „Duma“ der Zarismus sich nicht aus der Schlinge zieht, daß damit die revolutionäre Bewegung nicht eingedämmt wird, ist klar. Es wäre schade, auch nur ein Wort darüber zu verlieren.

Die Frage aber, die von den Revolutionären zu beantworten ist, und zwar sofort, lautet: Wie ist dieser zarische Schwindel gegen den Zarismus auszunützen?

Die Antwort kann nur lauten: Mit allen erdenklichen Mitteln haben die Revolutionäre die bevorstehende Wahlbewegung auszunützen. Der Gedanke, durch Absentismus, durch Enthaltung von der Wahl, das Zusammentreten dieser „Duma“ zu verhindern, der auftauchte, noch bevor etwas über das Wahlrecht bekannt war, ist nicht diskutabel, weil in diesem Falle die Regierung eben einfach ihren Willen durchsetzen würde und dann die gefährlichsten Elemente die Oberhand gewonnen hätten. Es würden sich an der Wahl jene Vertreter des raffgierigen Kapitalismus in seiner rohesten Form beteiligen, die auch jetzt schon die sichere Stütze des Despotismus sind; jene Bande von Industrieritern, von Wucherern und Halsabschneidern, die um so besser gedeiht, je größer die Korruption im öffentlichen Leben ist. Von „demonstrativer Wahlenthaltung“ kann die Rede sein, wo überhaupt politisches Leben herrscht, nicht dort, wo diese „Enthaltung“ eben das ist, was die Machthaber wollen.

Es ist selbstverständlich, daß das Proletariat, selbst wenn es irgendwelche Chancen hätte, Vertreter in diese „Duma“ zu wählen, sie nur zu dem Zwecke wählen könnte, um gegen diesen niederträchtigen Hohn zu protestieren. Diese Chancen sind aber überhaupt nicht vorhanden, und trotzdem muß die Möglichkeit gefunden werden, die Arbeiter mit aller Leidenschaft an den Wahlen teilnehmen zu lassen. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, den Willen des Proletariats, den Absolutismus zu zerschmettern, auch bei dieser Karrikatur einer politischen Wahl zum Ausdruck zu bringen. Das Proletariat Rußlands, die ganze Masse des arbeitenden Volkes ist rechtlos; die Gewalthaber wagen den frivolen Versuch, durch einen beispiellosen Betrug den leidenschaftlichen Willen nach Freiheit einzuschläfern. Es muß daher alle Kraft daran gesetzt werden, die Betrüger an ihrem Betrug zugrunde gehen zu lassen.

Seit Jahrzehnten haben die Revolutionäre in Rußland Maulwurfsarbeit verrichtet. Bei der beispiellosen Aufopferung, mit der sie ihre Verschwörertätigkeit ausübten, konnte doch das Resultat nur sein, daß sie dem revolutionären Gedanken Eingang bei den Tüchtigsten, den Auserlesenen der Volksmasse verschafften, und daß sie den revolutionären Instinkten der Masse sporadisch Ausdruck verliehen. Jetzt führt der innere Zusammenbruch des Absolutismus dazu, daß die Machthaber, weil sie nicht mehr imstande sind, durch rohe Gewalt die Massen niederzuhalten, einen Versuch machen, die politische Unreife des Volkes zu mißbrauchen. Sie wollen den Schein von Zugeständnissen erwecken, um damit das Wesen ihrer Macht zu retten. Aufgabe der Revolutionäre ist es, nicht nur den Betrug aufzudecken, sondern sofort auch die Position zu stürmen. Eine solche Aktion aber hat eine ganz besondere Bedeutung: Der Wahlkampf macht es möglich, die geheime Wühlarbeit zum Teil fallen zu lassen, den Kampf im vollen Tageslicht aufzunehmen. Das aber ist für die russische Bewegung von immenser Wichtigkeit.

Auf diese Weise kann, ja muß, die Annahme des Bulyginischen Projekts einen Wendepunkt in der Geschichte des Emanzipationskampfes in Rußland werden.

Wie die Situation ausgenützt werden kann, welche Waffen zur Anwendung komen müssen, wie im einzelnen zu handeln ist, darüber läßt sich heute noch wenig sagen. **Klar ist aber, daß für diesen Kampf die Einheit der Sozialdemokratie in Rußland eine Notwendigkeit ist.**

Wenn es, so bemerkt hierzu zutreffend unser Leipziger Parteiblatt, ein ungeheuerlicher Fehler der russischen Sozialdemokraten war, in der revolutionären Periode, die das Land seit Ausbruch des Krieges durchmacht, die Spaltung in ihren Reihen zu dulden, so wäre es ein Verbrechen, diese Spaltung jetzt noch aufrecht zu erhalten. Die Meinungsverschiedenheiten über organisatorische Fragen (und nur solche, nicht prinzipielle Gegensätze gaben den Anlaß zu dem Streit) müssen verschwinden, wo es sich darum handelt, den Stoß ins Herz des Feindes zu führen, bei einer Situation, wie die, die durch die Veröffentlichung der Pläne des Zarismus jetzt geschaffen ist. Die streitenden Führer der beiden russischen sozialdemokratischen Fraktionen müssen sich darüber klar sein, daß der Wirrwarr, den sie angestiftet haben, auch die Aktionsfähigkeit der übrigen Gruppen, der sozialdemokratischen Organisationen der Polen, der Litauer, der Letten usw. beeinträchtigt. Die Verantwortung dafür, die Kräfte der Revolution durch ihren kleinlichen Hader zu hemmen, können sie nie und nimmer tragen.

Wir sind denn auch überzeugt, daß die revolutionäre sozialdemokratische Bewegung so oder so sich über diesen Streit hinwegsetzen wird, aber wir halten es für die Pflicht aller Organe der internationalen Sozialdemokratie, in dieser ernsten Stunde der geschichtlichen Entscheidung die streitenden Fraktionen an die schwere Verantwortung, die sie tragen, zu mahnen.

Soziales und Parteileben.

2000 Arbeiter der Garnfärbereien in Reichenbach (Vogtland) sind gestern ausgesperrt worden.

Die Speditionskutscher in M.-Gladbach sind wegen Lohnstreitigkeiten in den Ausstand getreten.

Ein vernünftiger Beschluß einer Bäckermeister-Versammlung gehört nach all dem, was man seit 10 Jahren und länger in allen Arbeiterschutzfragen erlebt hat, fast in das Gebiet des Wunderbaren. Und doch ist es Tatsache, daß eine von der Freien Vereinigung der Bäckermeister Berlins und der Vororte einberufene Versammlung eine Eingabe an den Bundesrat beschlossen hat, die ihn auffordert, gemäß § 1201 der Gewerbeordnung die Nachtarbeit in den Bäckereibetrieben von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens vollständig zu verbieten. Es wurde dabei hervorgehoben, daß die Beschaffung des Frühstücksgebäcks dadurch nicht zu leiden brauche. Ein Vorstandsmitglied der Bäcker Innung Germania sprach gegen die Forderung, da sie „nicht zeitgemäß“ (welch tiefes Wort!) sei, konnte aber die Annahme des Beschlusses, die gegen nur 5 Stimmen erfolgte, nicht verhindern. — Der Bäcker-Verband hat in der letzten Zeit recht erhebliche Erfolge erzielt, namentlich durch Eindämmung des Kost- und Logisunwesens und Erweiterung der Durchführung der gesetzlichen Schutzvorschriften, die hier von einem umsichtigen Teile der Meisterschaft aufgestellte Forderung würde, verwirklicht, alles bisher Erreichte an Wichtigkeit übertreffen und die Bäcker erst auf den Stand der übrigen Arbeiterschaft heraufheben. Es ist deshalb eine energische Unterstützung dieser Forderung seitens der Bäckergehilfen wie der gesamten organisierten Arbeiterschaft dringend zu wünschen.

Die Reaktion im Goethe Ländchen. Nach längerer Pause ist wieder einmal von einem originellen Versammlungsverbot in Sachsen-Weimar zu berichten. In Frage kommt der Marktflecken Tiefenoor an der Werra, der erst vor kurzem durch die Demonstrationen der bäuerlichen Bevölkerung gegen das bestehende plutokratische Gemeindewahlrecht von sich reden machte. Die sozialdemokratische Partei gedachte sich die Situation zu nutze zu machen, indem sie für Sonntag, den 30. Juli, die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung plante. Der meinin-

Um den Lorbeer der Wissenschaft.

Roman von Friedrich Thieme.

42. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Irgend etwas muß seinen Verdacht erregt haben,“ brummte der Beamte. „Seine heimliche und schnelle Entfernung bekräftigt übrigens Ihre Beschuldigung, Fräulein — ich glaube, wir waren auf der richtigen Fährte.“

„Er hat sicherlich meinen Namen gehört, als Herr Claar mich so laut ansprach,“ versetzte Wera kleinlaut.

„Vielleicht hat er auch erfahren, daß ich mich nach seinem Namen erkundigte und beobachtet, daß ich mit dem Stationsvorsteher und Ihnen konferierte.“

„Letzteres konnte er gar nicht wahrnehmen, wir standen mitten im Gedränge und mein Einsteigen habe ich ganz heimlich bewirkt.“

„Aber er kann Sie im Zuge bemerkt haben.“

„Gleichviel, er ist fort und wird über die Grenze sein, bevor ich auch nur in Sankt Ludwig habe Meldung machen können. Der Liebe Müh' war umsonst — ich kann Ihnen nur raten, in Basel weitere Schritte zu tun, falls er, woran ich allerdings sehr zweifle, seine Richtung dahin nimmt.“

Damit verließ der Polizeibeamte eilig den Zug, um die kurze Strecke bis St. Ludwig zu Fuß zu gehen und von da aus mit der Bahn nach Mülhausen zurückzukehren. Der D Zug aber brauste weiter, während die Passagiere sich lebhaft über die eben stattgehabte Szene unterhielten und den Baurat mit neugierigen Fragen überhäuften. Wera zog sich schmerzlich enttäuscht auf ihren Platz zurück, erwägend, ob es besser sei, ihre Entdeckung schriftlich nach Leipzig zu melden oder persönlich nach Hause zurückzukehren.

17.

In Basel gedachte Tante Doris wieder bis zum nächsten Morgen zu rasten. Baurat Claar, der sich hier von den Damen trennte, begleitete sie nach einem fashionablen Hotel, wo sich beide sofort auf die ihnen angewiesenen Zimmer begaben, die alte Dame, um ein wenig nach der anstrengenden Fahrt auszuruhen. Wera, um sich umzukleiden und dann unverzüglich mit Claar nach dem Polizeiamt zu begeben.

Claar wartete unten im Gastzimmer, indessen das junge Mädchen, nur von dem Drange beseelt, ihren Zweck zu verfolgen, mit nervöser Hast ihre Reisekleider ablegte. Ihr Gemüt war traurig. Kurze Zeit hatte frohe Hoffnung sie beseelt, was hätte sie darum gegeben, wenn gerade sie es sein konnte, welche dem unglücklichen Geliebten Rettung brachte, und nun war der schöne Traum zerstoben, und sie selber fing, nachdem die anfängliche Aufwallung einer pessimistischen Auffassung gewichen, ernstlich zu grübeln an, ob sie nicht doch am Ende das Opfer einer unbegreiflichen Selbsttäuschung geworden!

„Es wäre schrecklich — aber seine geheimnisvolle, eilige Flucht — er kann kein gutes Gewissen besitzen —“

Eine halbe Stunde später stand sie mit ihrem Führer vor einem Polizeikommissar, welcher ihre Aussage zu Protokoll nahm und ihr versprach, nach der bezeichneten Person recherchieren zu lassen. „Wiewohl auch ich glaube,“ setzte er lächelnd hinzu, „daß der Herr, wenn er sich nicht sauber fühlt, um Basel einen weiten Umweg macht, da er weiß, daß man ihn hier zuerst vermutet.“

Im Hotel angelangt, verfaßte die junge Dame, bevor sie auch nur einen Bissen zu sich nahm, noch einen ausführlichen eingeschriebenen Brief an die Staatsanwaltschaft zu Leipzig, worin sie ihre Erlebnisse mitteilte und das Signalement des Dr. Möllenscheidt, so genau sie vermochte, niederlegte.

Mit einem Seufzer klebte sie das Schreiben zu — das war alles, was sie in der sie so nahe berührenden Angelegenheit zu tun vermochte! Am liebsten wäre sie freilich so schnell als möglich nach Hause gefahren, um in eigener Person zu hören und zu sehen, was nun geschah und ob ihre Entdeckung die Freiheit des teuren Mannes zu erkaufen vermöge, aber sie wagte nicht, dem Willen ihrer Eltern offen zuwiderzuhandeln — im Stillen hoffte sie jedoch, die Staatsanwaltschaft werde auf ihrem unmittelbaren Zeugnis bestehen und sie zurückberufen.

Inzwischen rief ihr Schicksal sie weiter nach Nizza — o, wie unendlich hätte sie sich noch ein Jahr vorher gefreut, die weltberühmte Stadt kennen zu lernen! Jetzt fühlte sie nur mit jedem Kilometer, der sie von Reinhart fortriß, ihr Herz schwerer werden, sie hatte keine Augen für die wunderbaren Gegenden, welche die Eisenbahn durchkreuzte, kein Ohr für die vertrauten Namen Luzern, Fluelen, Altdorf, obwohl sie sich bei der Lektüre ihres Lieblingsdichters so oft gesehnt, mit ihm am Schauplatz jener Szenen herumzuschweifen! Spät in der Nacht traf sie mit der Tante in Nizza ein, wo ein Wagen beide nach der bereits bestellten, von Fräulein Richter schon des öfteren innegehabten Wohnung beförderte.

Am nächsten Morgen erhob sich Wera nach einer schlecht verbrachten Nacht ziemlich frühzeitig, um bis zum Erscheinen der Tante, das heute erst spät zu erwarten war, einige Karten zu schreiben. Da klopfte es.

„Herein.“

Das Zimmermädchen erschien mit einer Karte.

„Ein Herr wünscht Sie in einer dringenden Angelegenheit zu sprechen, gnädiges Fräulein.“

Wera blickte die niedliche Aufwärterin erstaunt an.

„Ein Herr? Mich?“

„Ja — hier ist seine Karte.“

Wera nahm die Visitenkarte und las mit steigendem Befremden: „Doktor Bruno Möllenscheidt, Dortmund.“ Ihre Hand zitterte und vermochte das winzige Stück Karton kaum zu halten, ihr Herz begann stürmisch zu klopfen — er, den sie suchte, den sie verfolgt hatte, kam selber zu ihr — was konnte er wollen und wie hatte er sie gefunden?

„Ich — lasse bitten,“ stammelte sie verwirrt, ohne daran zu denken, daß ihr von dem Menschen, gegen den sie

gische Landtagsabgeordnete Genosse Eckardt-Salzungen sollte über das Thema „Die herrschende Gesellschaft und die gegenwärtigen Wahlgesetze" einen Vortrag halten. Doch die Polizei unterdrückte durch ein Verbot das Auftreten dieses Parlamentariers. Die Erfurter „Tribüne" berichtet über die näheren Umstände folgendes: „Nachdem in Tiefenort bei der letzten Bürgermeisterwahl der Kandidat der Tiefenorter Bürger nicht gewählt wurde, während der Kandidat des Kaliwerks Kaiserroda, das über 350 Stimmen verfügt, zum Siege gelangte, haben sich unter der Einwohnerschaft in Tiefenort Bedenken gegen dieses Wahlsystem, das dem Geldsack die Macht einräumt, erhoben. In der vorgesehenen Versammlung sollte diese Frage gründlich diskutiert werden, alles war arrangiert, die Versammlung war bekannt gegeben, als am Sonnabend der Einberufer auf die Anmeldung den Bescheid erhielt, daß die Versammlung polizeilich „nicht erlaubt" sei. Und wer verbot die Versammlung? Der stellvertretende Bürgermeister, derselbe, der bei der Bürgermeisterwahl durchgefallen ist. Dieser Herr weiß anscheinend nicht, daß er die Versammlung nicht zu erlauben, sondern die Anmeldung zu bescheinigen hat. Einen Grund für das ungesetzliche Vorgehen hat er überhaupt nicht angegeben." — Es ist wiederholt vorgekommen, daß die Dorfbürgermeister für ihr Vorgehen eine gesetzliche Begründung nicht angegeben haben und wohl auch nicht anzugeben vermochten; sie werden eben aus der allgemeinen Anweisung über die Handhabung des Vereins- und Versammlungsgesetzes und die Behandlung der sozialdemokratischen Partei im besonderen nicht klug, und mit dem Gesetz vom 7. Januar 1854 wissen sie erst recht nichts anzufangen. Hinterher werden sie dann auf erhobene Beschwerde nicht selten von der Oberbehörde in formeller Beziehung rektifiziert, aber es bleibt bei den Versammlungsverboten und bei der Unterdrückung der Meinungsfreiheit. Auch im Schiller-Feierjahre 1905 hat sich an diesen Zuständen nichts geändert.

Aus Nah und Fern.

Der desertierte Leib-Kürassier. Der Kürassier Johann Jertzek vom Leib-Kürassier-Regiment in Breslau hat sich am 28. März 1903 von seiner Truppe entfernt. Er wanderte zu Fuß bettelnd nach Westphalen, wo er in Recklinghausen in einem Bergwerk 14 Monate arbeitete, dann in Eschenheim in Sachsen ebenfalls Bergmann war. Am 18. Juli d. J. ward er verhaftet und am 4. August vor das Kriegsgericht in Breslau gestellt. J. ist seinerzeit freiwillig eingetreten. Während seiner Desertion stellte er sich und ward in Recklingshausen ausgehoben zur Kavallerie, aber ein Jahr zurückgestellt, später in Senftenberg nochmal zum Landsturm mit Waffe ausgehoben, aber der Ersatzreserve Infanterie überwiesen. Natürlich verschwieg er, daß er schon Soldat sei. Er wollte dienen, aber nicht bei den Kürassieren. Denn wie er bei der Verhandlung angibt, sei er nur desertiert wegen Mißhandlungen seitens des Unteroffiziers Geisler. Dieser habe ihn gestoßen und geschlagen, ihn in den Mund gespuckt und bedroht, wenn er sich beschwere, werde er ihn noch mehr mißhandeln. Jertzek gibt an, er sei schlimmer behandelt worden als ein Hund, Kameraden hätten ihn unter die Pferde in die Krippe, in den Dünger geworfen, Knöpfe und Nationale wurden ihm abgerissen, sodaß er mit seinem Verstand ganz außer Rand und Band kam, nicht mehr wußte, was er tat und desertierte, um den Mißhandlungen zu entgehen. Unteroffizier Geisler ist am 29. Oktober 1903 wegen Mißhandlung in acht Fällen und vorschriftswidriger Behandlung in vier Fällen vom Breslauer Kriegsgericht zu vier Wochen Mittelarrest verurteilt worden. Die Verhandlung stellte Ohrfeigen, Schläge mit dem Lanzenriemen, sowie mit dem Rohrstock, Begießen mit Wasser, wegen schlechten Putzens usw. fest. Das Oberkriegsgericht als Berufungsinstanz änderte das Urteil um in drei Wochen gelinden Arrest wegen herrschender Mißstände in der Schwadron. Der Unteroffizier habe unter einem Druck gehandelt, denn der Schwadrons-Chef und Wachtmeister Peuker, der später Schutzmann wurde, sagte zu den Unteroffizieren: „Haut die Kerle", letzterer setzte hinzu: „aber nur unter vier Augen." Der Vertreter der Anklage beantragte in der Breslauer kriegsgerichtlichen Verhandlung das gesetzliche Mindeststrafmaß für die Fahnenflucht: sechs Monate Gefängnis und außerdem Versetzung in die zweite Klasse. Darauf erkannte das Gericht. Wie der Verhandlungsführer, Kriegsgerichtsrat Tschirschke, bei der Urteilsbegründung ausführte, habe das Gericht dem Angeklagten geglaubt. Es sei bedauerlich, daß er sich nicht beschwert habe. Er habe es als Soldat freilich auch an Eifer und Fleiß fehlen lassen. Die Ehrenstrafe sei für die Fahnenflucht geboten, eine andere Frage sei, ob sie später noch aufgehoben werde.

Die drakonische Strenge der Militärjustiz bei Vergehen von Untergebenen wird wieder einmal illustriert durch ein Urteil, daß das Kriegsgericht in Chemnitz gegen einen Soldaten des 9. Infanterie-Regiments Nr. 133 (Zwickau) fällte. Der der 9. Kompagnie angehörige, bestens beurteilte und im zweiten Dienstjahre stehende Soldat Albert Schneider I war vom 1. bis 3. Juli nach seiner Heimat Plauen i. V. beurlaubt. Am letzten Tage versäumte er den Zug und blieb in einer Schenkwirtschaft, aus der am Abend bezecht herauskam. Als er einem Unteroffizier begegnete, grüßte er nicht vorschriftsmäßig. Der Vorgesetzte legte aber in Anbetracht des Zustandes, in dem der Soldat sich befand, keinen Wert darauf, ließ ihn vielmehr weiter gehen. Da machten Zivilisten den Unteroffizier darauf aufmerksam, daß der Soldat ihn verhöhne und mit der Faust drohe. Als nun der Vorgesetzte Schneider festnehmen wollte, ergriff dieser die Flucht. Der Unteroffizier nahm die Verfolgung nicht auf. Zivilisten machten ihn bald darauf aufmerksam, daß der Soldat zurück und auf ihn zukomme. Der Unteroffizier erwartete nun den Betrunkenen, dem er, als er herangekommen war, befahl, stehen zu bleiben und seinen Namen zu nennen. Statt einer Antwort erhielt aber der Vorgesetzte von Sch. einen Faustschlag ins Gesicht. In der Verhandlung bestritt Sch., vorsätzlich den Unteroffizier, einen Vorgesetzten, geschlagen zu haben. Er sei so betrunken gewesen, daß er nicht gewußt habe, wen er vor sich habe. Das glaubte ihm aber das Gericht nicht, das ihn wegen tätlichen Angriffs eines Vorgesetzten mit der für dieses Delikt vorgesehenen Mindeststrafe von 3 Jahren Gefängnis belegte und ihn wegen der anderen Delikte — Achtungsverletzung, Urlaubsüberschreitung und Ungehorsam — zu 1 Woche Gefängnis verurteilte. Das Gericht kam nicht einmal zur Annahme eines minder schweren Falles. Dafür beträgt die Mindeststrafe auch schon 1 Jahr Gefängnis.

Folgenschwere Schlägerei. In der ungarischen Stadt Eger wurden von Soldaten, die zur Beilegung einer Schlägerei herbeigerufen waren, sieben Bauernburschen getötet und achtzehn derselben verwundet.

Wer begnadigt wird. Durch kaiserlichen Gnadenakt ist die dem Leiter der deutschen Samoa-Gesellschaft, Deeken, im vorigen Jahre von dem Gericht in Samoa wegen Beleidigung des Gouverneurs auferlegte Gefängnisstrafe in Festungshaft umgewandelt worden.

Ein Sträfling als russischer Staatsbeamter. Aus Lodz wird geschrieben: Mit Windeseile machte in unserer Stadt die sensationelle Nachricht die Runde, daß der bisherige Beamte für besondere Aufträge beim Gouverneur von Petrikau, Kastelew in Warschau verhaftet wurde und sich als ein von der Insel Sachalin entwichener Sträfling entpuppte. So unglaublich diese Mär klingt, beruht sie doch völlig auf Wahrheit. Vor etwa 1½ Jahren bewarb sich Kastelew in Petrikau um den Posten des Chefs der Gouvernementskanzlei, wobei er nicht allein alle erforderlichen Legitimationspapiere, sondern auch ein vorzügliches Attest über die Absolvierung einer Universität beibrachte. Auf Grund dieser Papiere nahm man keinen Anstand, dem so gut Empfohlenen vorerwähnten Posten anzuvertrauen, und so wurde K. als Chef der Gouvernementskanzlei angestellt. Daß man übrigens keinen Fehlgriff tat, bewies der neu angestellte Kanzleichef in kurzer Zeit. Seine Akkuratesse, die Pünktlichkeit, mit welcher er alle seine Amtsgeschäfte erledigte, sowie sein liebenswürdiges, stets taktvolles und von wahrhafter Bildung und guter Erziehung zeugendes Benehmen, erwarben ihm sehr bald die Sympathie seiner Vorgesetzten, und vor einem halben Jahre rückte Herr Kastelew zum Beamten für besondere Aufträge, d. h. in die siebente Rangklasse auf. Dieser Tage begab sich K. nun in Dienstangelegenheiten nach Warschau, wo er als der von der Insel Sachalin entwichene Sträfling Michailow erkannt und verhaftet wurde. Nähere Einzelheiten fehlen noch, doch steht bereits fest, daß Michailow, der wegen Mordes nach der Insel Sachalin verschickt wurde, Gymnasialbildung besaß, die auf den Namen Kastelew lautenden Papiere aber zweifellos durch ein Verbrechen sich angeeignet hat. Der richtige Kastelew, der Beamter der Lubliner Gerichtspalate war, verschwand vor etwa 2 Jahren spurlos und wurde auch nicht mehr wieder gesehen. Es wird daher angenommen, daß Michailow ihn ermordete, die Papiere an sich nahm und die Leiche seines Opfers sodann irgendwie beseitigte. Die beim Stellungsantritt vorgelegten Empfehlungsschreiben usw. erwiesen sich als geschickte Fälschungen. Die geheime, aber mit aller Energie betriebene Untersuchung dürfte bald neue sensationelle Enthüllungen bringen.

Ich grolle nicht! Die „Berl. Lustigen Blätter" sind in der Lage, folgenden Brief eines hohen Herrn an seinen Minister zu veröffentlichen: „Ich grolle nicht und wenn das Herz auch bricht; — Verlassen Sie sich drauf, ich grolle nicht! — Ich reserviere Ihnen meine Gnade, — Nach dem bewährten Hofprinzip: Nu gerade! — Und hätten Sie noch zehnmal mehr gelumpt — Und zehnmal mehr die Kellner angepumpt, — So ist für mich doch kein Motiv zum Haß da, — Ich bleibe Ihnen gut und damit basta! — Und wenn die ganze Welt den Stab auch bricht, — Und den Skandal bespricht, ich grolle nicht; — Mein Angesicht bleibt ungetrübt und heiter, — Und meinethalben jeuen Sie ruhig weiter!"

Standesamtliche Nachrichten

vom 30. Juli bis 5. August 1905.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

26. Juli. Böttcher N. Th. L. Martens. 27. Arbeiter W. D. Ch. Voller. Schneider N. W. E. Schenk. Arbeiter F. H. J. Klockmann. Kiepenmacher J. H. F. Prüssmann. 28. Tischler F. C. L. Spiegel. 29. Beleuchtungsrevisor J. H. A. Ch. Coujad. Feuermann W. A. Nebel. Kaufmann J. D. Heick. Telegraphenarbeiter H. J. Höppner. Arbeiter J. J. Th. Frahm. Maurer C. J. J. Schott. 30. Maurer J. Ch. H. Bohnhoff. Arbeiter J. H. F. Möding (Vorwerk). Gärtner F. J. H. Cordes. Tischler C. H. L. Schmüse. Schneidermeister H. Ch. E. Gossmann. 31. Kaufmann F. Ch. E. Cowalsky. Brauer P. J. H. Saust. 1. August. Maurer C. W. M. Nehlsen. Kapellmeister K. M. Lion. 3. Bezirksfeldwebel J. F. Nissen. Schneider J. E. Schubeius. Arbeiter O. Ch. F. Tralau. Kellner L. Ch. E. Böttcher. 4. Maler J. B. H. Haaren.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

24. Juli. Arbeiter J. F. W. Peters. 25. Eisenbahn-Wagenschieber F. A. W. Schoenbaum. 26. Schiffskapitän C. J. F. Th. Matthiessen. Privatmann C. F. E. Carstens. 27. Eisenbahn-Wagennotierer C. Baumann. Schneider H. F. Vagt. 28. Maler C. Ch. G. Nootz. Kaufmann G. H. Bartels. Arbeiter H. J. W. Bauels. 29. Arbeiter H. W. W. Path. 30. Schuhmacher H. H. Ch. Peters. Oberlehrer Dr. phil. D. Bauer. Eisenbahn-Wagenschieber J. H. C. Möller. 31. Bataillons-Büchsenmacher F. Ch. M. Schomburg. Arbeiter F. W. Meyer. Metallknopfmacher H. C. J. Reimers. 3. August. Arbeiter J. W. A. Steinfeld. Arbeiter H. D. L. Buck. 4. Arbeiter W. A. F. Behrens.

Sterbefälle.

28. Juli. D. H. Becker, 23 T. 29. E. J. W. Rönpage, 16 T. Ch. W. E. geb. Nagel, Witwe des Wirts C. F. Jürgensen, 69 J. 30. C. D. Fock, 66 J. Schneidermeister H. H. Beutin, 49 J. Cl. M. B. Schulze, 7 J. 6 M. 31. F. H. Möding, 1½ T. (Vorwerk). 1. August. E. Ch. Schröder, 11 T. E. A. E. Kawen, 4 M. E. L. M. geb. Tock, Ehefrau des Arbeiters Th. J. E. Kagel, 49 J. A. A. W. Geschke, 2 M. 22 T. 2. A. F. L. Holtz, 4 M. L. C. H. geb. Lüthje, Witwe des Eisenbahnarbeiters J. A. H. Röth, 58 J. Gretchen Johanna Katharine Zeuner, 10 Monate. Privatmann J. H. P. Grube, 84 J. A. L. geb. Kittlaus, Ehefrau des Reichsbankbeamten a. D. J. G. Werner, 59 Jahre. G. H. M. K. Seitz, 9 M. 17 T. M. A. M. Dürkop, 7 M. E. C. M. geb. Eggers, Ehefrau des Tischlermeisters G. F. H. Hildebrandt, 42 J. 3. B. H. M. Nävele, 28 J. H. H. W. Grampp, 1 M. 4. B. H. A. Liermann, 10 M. E. W. A. Jäde, 7 T. S. E. geb. Berlin, Witwe des Arbeiters Ch. Hilgenfeld, 80 J. Kaufmann G. Weber, 58 J. L. H. H. Ahrenholdt, 63 J. Gretchen Vagt, 9 T.

Angeordnete Aufgebote.

31. Juli. Gastwirt Th. H. F. Kleinsorge und C. M. W. Badstein in Schönberg. 1. August. Bureauvorsteher E. O. Hannemann und J. D. E. Lankau. Maler C. E. A. Meier und A. M. D. Stark. Bureaubeamter L. C. H. E. Bahr und F. M. D. Reimers. 2. Tischler F. J. D. Petermann und C. C. M. Haß. Brauereibesitzer H. H. A. Stamer und C. E. L. Möllendorf. 3. Arbeiter F. H. R. Meyer und A. W. E. C. Braasch. Brenner W. J. B. Westphal und M. D. H. Reitzke. 4. Privatmann B. R. Kasch und M. W. C. H. Felber. Arbeiter L. H. W. J. Behrens und J. M. C. E. Rumpf. Kontorbote F. J. H. Carsten und H. L. C. geschiedene Junge geb. Hidde. 5. Obergärtner F. Chr. F. Karstedt zu Wandsbek und J. A. D. Dobbertin.

Eheschließungen.

1. August. Maler C. A. Heinsohn und Ch. F. H. Glogner. Kaufmann H. F. W. Schlichting und B. L. Lück. Geschäftsführer B. C. Landwehr und S. W. J. Neckels. 2. Krankenwärter J. H. P. Chr. W. Puls und H. D. H. Köhn. 3. Arbeiter L. J. A. Kewe und M. A. A. Gehrk. 4. Eisenbahn-Expeditions-Assistent E. H. J. Grenzing zu Sankt Georgsberg und E. C. M. Oldag. 5. Handlungsgehilfe O. Chr. L. Wolters und W. Blöss. Heizer H. J. J. Rambau und H. A. D. Rädge. Gärtnergehilfe W. L. Steen und F. C. E. Ehmcke. Klempner G. W. Petereit und A. C. W. Helm.

---

einen so fürchterlichen Verdacht hegte, irgendeine Gefahr drohen könne. Eine halbe Minute später stand der Mann mit dem Feuermal vor ihr im Zimmer, verbeugte sich mit chavaleresker Höflichkeit und wiederholte halblaut:

„Doktor Möllenscheidt, gnädiges Fräulein."

„Bitte —"

Sie deutete beinahe fassungslos auf einen Sessel.

„Ich habe doch die Ehre, mit Fräulein Sekal?" fragte er vorsichtig, bevor er sich niederließ.

Zu dienen —"

„Aus Leipzig?"

„Ja —"

„Schwester des Herrn Doktor Leopold Sekal, des bekannten Afrikareisenden?"

„Ganz recht, mein Herr."

Was wollte er nur? Nach Atem ringend setzte sie sich auf das schon vorher benutzte Sofa — und erst in diesem Augenblicke fiel ihr ein, daß der Fremde am Ende Böses gegen sie im Schilde führe. Dieser Gedanke schreckte sie auf, wie von einer Feder getrieben schnellte sie empor und tat einige Schritte nach der zum Zimmer der Tante führenden Tür.

„Sie gestatten, daß ich Tante Doris — Fräulein Richter bitte, herüberzukommen?"

Doktor Möllenscheidt lächelte sarkastisch.

„Sie trauen mir nicht, gnädiges Fräulein? Sie tun mir unrecht, ich kam in guter Absicht zu Ihnen, und wenn Sie mir nur fünf Minuten unter vier Augen schenken wollen, so werden Sie es nicht bereuen. Andernfalls —" er stand rasch auf — „muß ich mich auf der Stelle empfehlen."

Wera zögerte.

„Was wünschen Sie denn von mir?" preßte sie nach einer Pause heraus.

„Ich will Ihnen einen Pakt vorschlagen."

„Was?"

„Einen Kontrakt, einen Vertrag, mein Fräulein. Gehen Sie ihn ein, gut, wenn nicht, auch gut — es handelt sich um die Anklage gegen Doktor Hohl."

Wera erbleichte. Dann trat sie entschlossen an ihren Platz zurück und nahm ihre frühere Position ein.

„Sprechen Sie, mein Herr."

„Zunächst: ich irrte mich wohl nicht, Sie ließen nach mir fahnden," begann Dr. Möllenscheidt mit ruhiger Miene.

„Ist es so?"

„Ja", lispelte sie verlegen.

Er nickte zweimal stark mit dem Kopfe, als wollte er sagen: „Ganz, wie ich mir dachte." Mit Worten aber sagte er:

„Aus welchem Grunde, wenn ich fragen darf?"

Wera schlug die Augen nieder. Sie antwortete aber nicht.

„Nun wohl, ich will Sie nicht in Verwirrung setzen, Fräulein; ich weiß es nur zu gut," sprach er finster. „Sie halten mich für den Urheber des gegen Ihren Bruder verübten Attentats — nicht wahr?"

Sie nickte nur leicht.

„Kein Mensch hat bis dahin an mich gedacht," fuhr er, wieder in seine spöttische Weise fallend, fort. „Wie kommen Sie darauf, gegen mich Verdacht zu schöpfen? Es würde mich interessieren, das zu erfahren — Sie, eine arglose junge Dame — bitte, geben Sie mir Auskunft, ich werde Ihnen dann auch meinerseits befriedigende Erklärungen hinterlassen. Sie — Sie waren mit Doktor Hohl verlobt?"

„Nicht öffentlich —"

„Gleichviel — wie hat sich Ihr Verdacht auf mich gelenkt?"

Wera erklärte ihm in Kürze die Reihenfolge ihrer Verdachtsgründe. Er hörte aufmerksam zu.

„Sie haben mein Gesicht wiedererkannt?"

„Ja."

„Hm — nun, am Ende ist's ja nicht gerade wunderbar —" er tippte mit der Hand auf sein Mal. „Sie haben einen erstaunlichen Spürsinn entwickelt, wahrhaftig! Aber auch ich war nicht dumm — ich merkte wohl, daß Sie mich im Auge hatten, hörte Ihren Namen nennen von den Lippen des beleibten Herrn, der Sie begleitete — ich sah diesen dann auch mit dem Stationsvorsteher unterhandeln und einen Polizeibeamten sich von der Seite auf die Waggons zuschleichen — hielt es für besser in Sankt Ludwig zu verschwinden, und wunderte mich, daß ich so weit kam."

„Wenn der Polizeibeamte nicht so lange geschwankt hätte, ob er gegen Sie einschreiten dürfe oder nicht, wäre das nicht der Fall gewesen," rief Wera etwas gereizt durch sein Sprechen.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Johs. Stelling. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtlich in Lübeck